INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

wwg

NACH AUF MÜNCHEN!

Nr. 199

25. Juni 1992

Vorwort:
Nach der letzten Ausgabe von letzter Woche können wir heute wieder zum üblichen Seitenumfang zurückkehren. Das Bild auf der Titelseite soll nicht etwa die Urlaubsreisewelle einläuten,sondern ist als Mobilisierung gegen den WWG in München gedacht. Dazu gibt es im Heft ein Vorschlag über eine Männerarbeitsgruppe im Rahmen der Gegenaktivitäten und ein Bericht über 2 Mobilisierungsveranstaltungen in Süddeutschland. Dieser soll trotz der Bulleneinsätze uns genausowenig, wie es die VeranstalterInnen auch formulieren, abschrecken, sondern dazubeitragen das Viele den Weg nach München finden. Letzte Informationen wird es auf der VV am Freitag abend noch geben.
Die Kritik am unkommentieten Abdruck des Plakates in der Interim 197 S.4 haben wir berechtigterweise schon von mehreren Seiten gehört. Es wurde von uns versäumt unsere Diskussion und Kritik am Plakat zu veröffentlichen und sind bei der Herstellung der Zeitung zu oberflächlich und lapidar damit umgegangen. Herausgehoben werden sollte eigentlich das Anliegen der Frauengruppe zur Klärung dieses Plakates, dessen Abdruck nur dokumentarische Zwecke hatte, da es viele nicht kannten. Bei der Zusammenstellung der Seite ist uns leider genau das Gegenteil passiert, indem die Zeilen der Frauen kleinkopiert an den Rand geklebt wurden.Sorry,wird hoffentlich nie mehr vorkommen.
Weiterhin gibt es den 2.Teil der Antigena-Gruppe zu Bevölkerugspolitik. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Broschüre "E:coli-bri Nr.8", die sich mit dem Thema beschäftigt.
Jetzt noch ein paar Techniks: In letzter Zeit häuft sich die schlechte Qualität der zugeschickten Papiere. Ihr müßt euch schon die Mühe machen einen guten Kopierer zu benutzen oder sogar die Texte neu abtippen. Wenn es einfach nur so im Briefkasten landet mit der Hoffnung die Interim wird schon was drausmachen, landen diese für den Druck unbrauchbaren Papiere im Ordner, da wir uns nicht als Tippgemeinschaft verstehen und unser zeitlicher Rahmen begrenzt ist.
Zum Schluß noch der Hinweis auf die Sommerpause. Die letzte Ausgabe im wöchentlichen Rythmus erscheint am 16.7.,danach 14-tägig bis einschließlich10.9. Das Blättchen gibts am 16.7.,30.7.,13.8.,27.8.,10.9. und danach wie gewohnt jede Woche. Also denkt dran vor allem bei der Terminankündigung. So long in München!

Inhalt:

Ordner:

Redebeitrag Mannheim
Zeitungsartikel zu Antifa Rostock
AK zu Telegraph und Gysi
Bäckerei
Antifa Wahlanalyse
Gedanken von Gabi und Sigrid
Gedanken für die Diskussion von Gabi und Sigrid
Rico Prauss grüßt CSD
Baltikum
Schwule Front Mainz
Anmerkung zu RAF-Debatte
(nicht druckfähig)
Redebeitrag von G.Sonnenberg Bonn



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ZWEI GROSSVERANSTALTUNGEN GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL VON DER POLIZEI GESTÜRMT:



(München) Mit polizeilicher Gewalt setzte das bayrische Innenministerium durch, daß in München öffentliche Veranstaltungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel abgebrochen werden mußten. Wie zu Zeiten des "Sozialistengesetzes" vor 100 Jahren soll das auf Versammlungen gesprochene Wort polizeilich überwacht werden. Das meint natürlich nicht alle Veranstaltungen, sondern nur die der radikalen Opposition.

Wie verschiedene Münchner Gruppen in einem längerem Diskussionspapier (Anti-WWG-Info Nr.2) begründet haben, ist es ein wichtiger Punkt der Mobilisierung in der Stadt, die spezielle Situation staatlicher Angriffe auf die Versammlungsfreiheit gemeinsam zu verändern. Dabei geht es um das Vorgehen der Polizei, sich bei politischen Veranstaltungen offiziell Einlaß zu verschaffen, um so den Verlauf zu überwachen.
Eine grundsätzliche Veränderung dieser Bedingungen wird ein längerer Prozeß sein, der weit über die WWG-Mobilisierung hinausgeht. Zwei Großveranstaltungen zu den inhaltlichen Schwerpunkten unseres Widerstandes gegen die HERRschende Weltordnung sollten darin ein erster Schritt sein und waren es auch.

Die Veranstaltung am 4. April 1992

Die erste, für den 4.4. geplante Veranstaltung war für die Bullen ein Anlaß, ab 16 Uhr den Stadtteil Haidhausen mit mehreren Hundertschaften zu besetzen und den Veranstaltungsort zu umstellen - nichts was sonderlich überrascht hätte, sondern vielmehr den AnwohnerInnen und Passant-Innen demonstrierte, wie, entgegen der sonstigen Beteuerungen, mit Protest und Widerstand gegen den WWG verfahren werden soll.
Als sich eine halbe Stunde vor dem offiziellen Beginn fünf eifrige Staatsschützer in Zivil durch die Eingangstür drängelten, um von dem Veranstalter "ihre Plätze" nach § 12 VersG zugewiesen zu bekommen, waren im Saal bereits über 100 Leute, die schon lange vorher gekommen waren, den Ort vorbereitet und miteinander diskutiert hatten. So war eine Stimmung entstanden die ausdrückte: Wir werden der Polizei unmißverständlich klar machen, daß sie hier nicht erwünscht ist!

Mit dieser Stimmung im Rücken war es möglich, die Zivilbullen erst einmal wieder vor die Tür zu komplimentieren. Von dort konnten sie zusammen mit den zahlreichen Kollegen mürrischen Blickes verfolgen, wie sich der Veranstaltungssaal bis zum offiziellen Beginn mit 350 Leuten gefüllt hatte, an die vorher sämtliche Redebeiträge in schriftlicher Form verteilt wurden.
Beim zweiten Versuch pünklichst um 19.30 wurde ihnen und dem mittlerweile als Einsatzleiter angerückten Vize-Polizeichef von München im Namen aller veranstaltenden Gruppen erklärt, daß sie als ungebetene Gäste bei dieser Veranstaltung nicht erwünscht seien. Der trotzdem fortgesetzte Weg endete diesmal an der Tür zum eigentlichen Saal, wo ein riesiges, von in Ketten stehenden Menschen gehaltenes Transparent und lautstarke Sprechchöre dieser Erklärung der VeranstalterInnen auch realen Nachdruck verlieh.
Aufgrund des daraufhin relativ entgeisterten Funkspruchs "Da kommen wir nicht durch" stürmten kurze Zeit später zwei Dutzend behelmte USK'ler in den Saal. Die Ketten wichen geordnet zurück, es gab keine Festnahmen oder Verletzte. Auch den "Bullen raus" Sprechchören tat dies keinen Abbruch.
Und es wurde offensichtlich: Unter diesen grotesken Bedingungen - ein überfüllter Saal, in dem gegen den eindeutigen Willen der Anwesenden ein Platz für die offizielle "Bullendelegation" freigeprügelt werden muß - kann keine Diskussion stattfinden.
Nach einer nochmaligen inhaltlichen Begründung wurde daher die Veranstaltung beendet; nicht ohne noch sämtliche Polizisten mit dem beliebten Kinderlied über Pippi Langstrumpf in hellste Aufregung zu versetzen - wurde doch von ihnen ein etwas anderer Text erwartet (über eine gewisse Rote Zora).

Die Veranstaltung am 4. Mai 1992

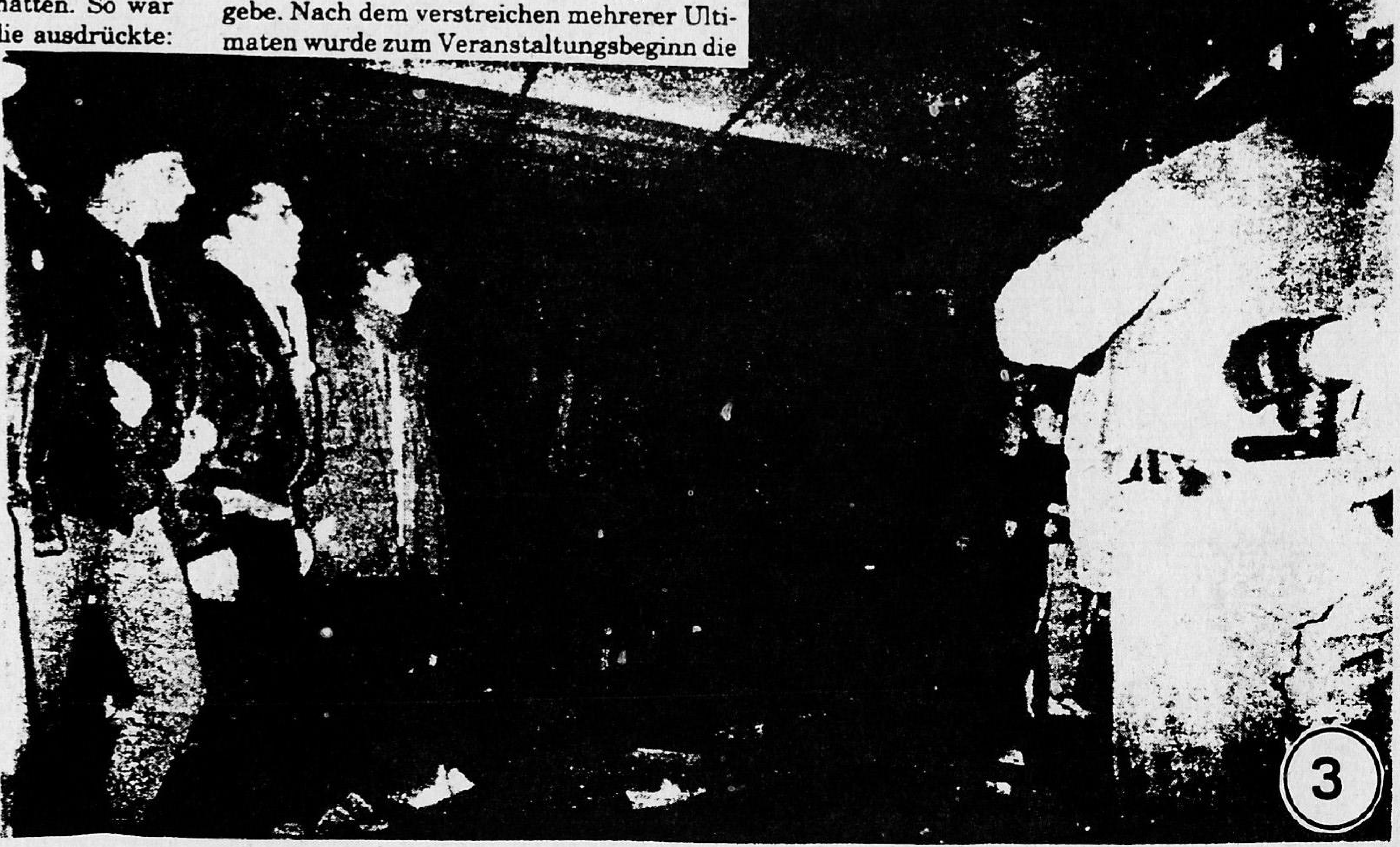
Einen Monat später war die zweite Veranstaltung angesetzt. Die breite und positive Berichterstattung in Radio und Zeitungen nach der Stürmung der ersten und das steigende Interesse an einer Mobilisierung gegen den WWG hatte zur Folge, daß diesmal 500 BesucherInnen kamen. Der Bulleneinsatz hatte damit statt Abschreckung das Gegenteil erreicht.
Eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn wurde an einer verschlossenen Hintertür eine diesmal eingesetzte SEK-Einheit postiert und dem Wirt gedroht, diese "aufzusprengen", falls er den Schlüssel nicht freiwillig herausgebe. Nach dem verstreichen mehrerer Ultimaten wurde zum Veranstaltungsbeginn die Eingangstür geöffnet und die wartenden BesucherInnen konnten den Saal betreten.
Nach der erneuten Weigerung die Bullendelegation einzulassen, versuchte ein Trupp des SEK den Saal zu stürmen, was zunächst an dem völlig überfüllten Zugang und der Entschiedenheit der BesucherInnen scheiterte. Kurz darauf prügelten sich 40 USK' ler den Weg frei und stürmten den Veranstaltungsort. Durch Schlagstockeinsatz wurde einer Person der Arm gebrochen, Einrichtungsgegenstände wurden von den Bullen bewußt kurz und klein geschlagen, so daß hoher Sachschaden entstand.

Um ihre Wut und den Protest gegen diese Bulleneinsätze, aber auch die Inhalte gegen den WWG in München auf die Straße zu bringen, führten alle Anwesenden daraufhin eine unbehelligte Spontandemonstration entlang einer ansonsten vielbefahrenen Einfallstraße durch. Bei dem abschließenden Redebeitrag war allen klar, daß dies nicht das letzte Wort in Bezug auf die Veranstaltungssituation in dieser Stadt war.

Generell kann mensch sagen: Das Thema systematische Überwachung linker Veranstaltungen durch die Polizei ist in dieser Stadt zu einem allgemeinen Politikum geworden, während es vorher praktisch nicht existent war. Es gibt eine breite und vorwiegend positive Berichterstattung in verschiedensten Medien; die Kritik an den Polizeieinsätzen geht bis weit in das bürgerliche Lager; die veranstaltenden Gruppen hatten die Gelegenheit, im Münchner Stadtrat ihre Position gegen die des Polizeipräsidenten zu stellen.
Und was vielleicht noch viel wichtiger ist: Durch die Power und die Gemeinsamkeit, mit der den Bullen bei diesen Gelegenheiten entgegengetreten wurde, ohne jedoch die Situation völlig eskalieren zu lassen, hat sich bei sehr vielen Leuten die lange währende Ohnmacht, das Denken, das sich nur noch in Kategorien der Niederlagen vollzieht, verändert. Und von daher haben sich die Voraussetzungen, auf denen wir aufbauen können, sehr verändert.

Hinweis:
Die Redebeiträge der 1. Veranstaltung liegen schriftlich vor. Wer sich darüber informieren will, was der Staatsapparat nicht öffentlich gesprochen zulassen will, wende sich an: AK WWG c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8 München 80.

Dort ist auch eine Zusammenstellung der bisherigen Presseveröffentlichungen zur Anti-WWG-Mobilisierung erhältlich.



Einladung zu einer Arbeitsgruppe für Männer zu patriarchalen HERRschaftsverhältnissen und Machtstrukturen.

..liebe Genossen:
Wir begreifen die Mobilisierung zu Demo, Aktionstagen und Gegenkongreß und die Tage in München selbst nicht nur als Chance den HERRschenden und der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es nach wie vor genug gute Gründe und v.a. Möglichkeiten gibt, Widerstand zu leisten. Wir sind ein (weißer, heterosexueller) Männerzusammenhang, der angestoßen durch die eigenständige Organisierung von Teilen der hiesigen Frauen sich gebildet hat und seit einigen Jahren mit dem Patriarchat beschäftigt. Dabei beziehen wir uns stark auf von Frauen erarbeitete Erkenntnisse (und werden das auch noch tausend Jahre tun).

Wir möchten diese Zeit, in der viele Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen und Organisationen - auch international - zusammenkommen auch dazu nützen unter Männern, sowohl Erfahrungen und Vorstellungen zu diskutieren.
Weil wir selber Schwierigkeiten haben solche Diskussionen in größerem Kreis zu führen, weil es doch sehr unterschiedliche Standpunkte und Umgehensweisen damit gibt und damit dieses Anliegen nicht - wie so oft - ein frommer Wunsch bleibt, wollen wir hier, sozusagen als Einstieg, einige Punkte ansprechen, Fragen zu den wir bei uns immer wieder gelangt sind.

Wir möchten schon jetzt alle Männer aufrufen, ihre Gedanken, Diskussionen, Utopien und Ergebnisse dazu in der allgemeinen "Gipfelhektik" nicht zu Hause zu vergessen - damit eine interessante Arbeitsgruppe zustandebekommen.

Inwieweit sich auch ausländische Genossen daran beteiligen werden, können wir nicht einschätzen. Wir würden uns freuen, und wir versuchen Dolmetscher für Englisch und Spanisch zu stellen.
Wir begreifen das Patriarchat als ein Gewalt-, Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis, das differenziert, aber nicht losgelöst von anderen betrachtet werden muß. Es beinhaltet Strukturen und Ausdrucksformen, die die ökonomische, geistige und sexuelle Ausbeutung von Frauen bedingen und ausmachen. Es etabliert und vermittelt sich über ein eigenes Menschenbild und eigene Wertvorstellungen. Die ermöglichen es den Männern generell wie auch Einzelnen im bzw. vom Widerspruch Patriarchat zu profitieren.

Für eine Arbeit von linken Männern gegen patriarchale Strukturen in der Gesellschaft UND in sich selbst heißt das:
* Es ist wichtig darzulegen, daß auch Männer ein eigenes, nicht nur moralisches Interesse an einem Zusammenleben ohne patriarchale Gewalt haben.
* Der Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist nur zusammen mit den Frauen möglich und beinhaltet also notwendigerweise den Kampf gegen das Patriarchat in unseren Strukturen und die Abschaffung des patriarchalen Systems als Ziel.

* Die patriarchal bestimmte Männerrolle ist insgesamt widersprüchlich. Wenn wir das grundliegende Wertesystem kritisieren und versuchen eigene Ziele entgegenzusetzen, wird offensichtlich, wie sehr wir Männer bis hin zur eigenen politischen Handlungsunfähigkeit darin verstrickt sind. Mit den (nachteiligen) Folgen des patriarchalen Männer-Selbstbildes beschäftigen wir uns genauer in unseren Diskussionen und Vorschlägen zum Arbeitskreis.

Überlegungen zur Kritik des männlichen Menschenbildes:

Überall innerhalb patriarchal bestimmter Strukturen sind Vorstellungen eines Menschenbildes etabliert, über das sich der Einzelne durch Regeln, wie auch durch einen zugehörigen Freiheitsbegriff von seiner Umwelt absetzt.

Ein Prozeß der Individualisierung ermöglicht es ihm sich innerhalb gegebener und meist auch akzeptierter Grenzen zu definieren. Das Selbstwertgefühl ist an den persönlichen Erfolg in der Konkurrenz gekoppelt.
Auf allen Ebenen von männlicher Persönlichkeitsstrukturierung und sozialer Interaktionen fanden wir Bausteinchen, aus denen sich, mal mehr mal weniger, "das autonome Individuum" zusammenwürfelt. Angestrebt und gelebt wird insbes. ein individueller Freiheitsbegriff, den wir im Alltag zu verwirklichen suchen und mit dem wir Politik machen.

Wir meinen, daß ein derartiger Freiheitsbegriff, auch mit anderen Ansprüchen (z.B. einem Gleichheits- oder Gleichberechtigungsbegriff) verknüpft, Gegensätzlichkeiten beinhaltet, die eine soziale Emanzipation ständig verhindern. Immer da, wo HERRschaftsverhältnisse greifen, läuft die Verwirklichung einer solchen "individuellen Freiheit" auf ein Unterbuttern Anderer, oft aber auch der eigenen Persönlichkeit hinaus.
Derartige "Gegensätzlichkeiten" gibts zuhauf. Wo traditionelle Marxisten/Leninisten noch soldatische Werte hochhalten, propagieren wir Rebellenposen. In Fragen der Organisierung dominiert oft ein erdrückender Pragmatismus, in dem in der Regel eine männliche Form der Kommunikationsunfähigkeit zu sehen ist. (Der rethorische Vielschwatz und der zynische Einwurf seien nicht ausgenommen).
Als Gegensatz erscheint so auch das Verhältnis von Körper und Natur, in dem der Körper, als eine Art "Werkzeug" betrachtet, seine Umwelt, insbes. Frauen "bearbeitet".
In und unter Männern bedingt dieser Gegensatz von Mannsein und auf/in seinen Körper hören das Ausgrenzen von (eigener) Homosexualität.

Im Realsozialismus/Staatskapitalismus bleibt diese Art der Individualisierung, ebenso wie die klassischen Geschlechterrollenvorstellungen erhalten. In vollem Umfang gibt es Charakteristika wie aktiv/passiv, Trennung von Reproduktionsarbeit und Produktion und die Sexualität als Bereich der Ausgrenzung, Disziplinierung und der

HERRschaft - gipfelnd in der Ehe als proklamierte Lebensgemeinschaft. Die teilweise Vergesellschaftung dieser Bereiche (z.B. Kinderbetreuung) ist da kein Ausweg. Wenn keine Neudefinition erfolgt bleiben Besitz und Eigennutz aneinander bestehen.

Daran wird deutlich, warum wir antipatriarchale Überlegungen nicht in Schemata wie das einer "Haupt- und Nebenwiderspruchsdiskussion" zwängen wollen. Es geht uns vielmehr um eine Arbeit, die, ausgehend von bestehenden Realitäten und HERRschaftsmechanismen eine Neudefinition von individuellem Leben innerhalb kollektiver Bezüge voranbringt.

So weit - so...

Wir möchten also nach München zu einer AG auf dem Gegenkongreß einladen, in der
- Erfahrungen ausgetauscht und gesammelt
- Ansätze vorgestellt und diskutiert
- eine (kritische) Bestandsaufnahme gemacht werden können.
Besonders interessant wären vorbereitete Beiträge, Ergebnisse und natürlich ein Austausch mit Genossen aus anderen Ländern.
So long, seppl.

SEPPL c/o Infoladen München, Breisacherstr. 12, 8000 München 80

"Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm, das der IWF diktiert hat, trägt die Verantwortung für die zunehmende Choleraepidemie in Peru. Das Land befindet sich ohne Zweifel in der Lage, daß es nicht mehr Mittel zur Bekämpfung der Cholera einsetzen kann, weil es die vom IWF und der Weltbank geforderten Zahlungen begleichen muß."

Hiroshi Nakajima, Generaldirektor der WHO, bei einer Pressekonferenz in Peru im Frühjahr 1991[1]

Machtinstrument Bevölkerungspolitik

Teil 2: Realpolitik mit Frauenkörpern

Kolonialistische Bevölkerungspolitik begann vor 500 Jahren mit der Ausrottung der Inidigenas in Mittel- und Südamerika. Die Methoden sind bis heute die gleichen geblieben: Massaker, Hungerpolitik, Förderung von Drogenkonsum und Drogenhandel und Verbreitung von Seuchen (siehe obenstehendes Zitat).
Neu hinzugekommen ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Möglichkeit, die Geburt von zusätzlichen Menschen überhaupt zu verhindern. Damit wurde Geburtenkontrolle zum zentralen Bestandteil der Bevölkerungspolitik.
Geburtenkontrolle bedingt aber die Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen, damit die Kontrolle über das gesamte Leben der Frauen an sich. Konsequenterweise werden denn auch die Frauen für die angebliche Überbevölkerung[2] verantwortlich gemacht.

(Frauengruppe Antigena)

Akteure, Profiteure, Objekte

Bevölkerungspolitik wird heute von einer Unzahl staatlicher und privater, nationaler und internationaler Familienplanungs- und Entwicklungsorganisationen betrieben, wie zB der US-AID (US-Agency of International Development), der IPPF (International Planned Parenthood Federation), der UNFPA (UN-Found of Population Activities), der Weltbank und dem Population Council, aber auch der WHO (Weltgesundheitsorganisation).

Finanziert wird Geburtenkontrolle zu einem großen Teil über Entwicklungshilfegelder und Kredite von den Industriestaaten oder internationalen Organisationen, wie zB der Weltbank.

Allen Bevölkerungsstrategen gemeinsam ist die Ideologie, daß mit technischen Mitteln alles machbar ist. Somit läßt sich das "Problem Überbevölkerung" mit Verhütungsmitteln und Familienplanung "lösen". So werden denn auch großangelegte Programme zur Geburtenkontrolle an Frauen ausgeübt, die meist keine Entscheidungsgewalt mehr darüber haben, was mit ihren Körpern geschieht.

Die Gewinne aus dem Verkauf der Verhütungsmittel gehen zum größten Teil an die Pharma-Multis, obwohl diese kaum noch in Forschung und Entwicklung von Verhütungsmitteln investieren, da ihnen die Risiken, zB Haftpflichtforderungen, zu hoch erscheinen. Deshalb läuft die Forschung im Verhütungsmittelbereich heute vorwiegend über internationale Organisationen, wie den "Population Council", oder das "Human Reproduction Program" (HPR) der WHO.

Ausgeführt wird die Geburtenreduktion unter dem Mantel der "Familienplanung", der "Familienwohlfahrt" oder der "Mutter- und Kind-Gesundheitsfürsorge". Als Folge davon werden Mittel, die früher in Basis-Gesundheitssysteme flossen, heute beinahe ausschließlich für die Familienplanung verwendet. "Gesundheit von Mutter und Kind" existiert praktisch nur noch im Zusammenhang mit Familienplanung. So untersucht in Bangladesh die UNFPA in einer Studie, wieviel minimale Gesundheitsver-



sorgung den Frauen geboten werden muß, um die Akzeptanz für Familienplanung zu erhöhen[3].

Alle Lebensbereiche von Frauen werden mehr und mehr durch Bevölkerungspolitik bestimmt: der Zugang zu Gesundheitswesen und Verhütungsmitteln, der Zugang zu Bildung und Arbeit und der Grad, in dem man ihnen ein Recht auf Selbständigkeit, ökonomische Autonomie und Selbstbestimmung über Geburten zugesteht.

Zwang als bevölkerungspolitisches Werkzeug

Dem Druck, Familienplanung nach westlichem Muster betreiben zu müssen, können sich Frauen des Trikonts kaum mehr entziehen. Der Zugang zu Gesundheitswesen und Ausbildung wird abhängig gemacht von der Teilnahme an Familienplanung, das heißt Sterilisation oder Einnahme von hormonellen Verhütungsmitteln.

Dasselbe gilt für die Teilnahme an Arbeitsprogrammen von nationalen und internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen.

In **El Salvador** werden Frauen Produktionskredite für die Aufzucht von Hühnern nur dann gewährt, wenn sie sich zur Teilnahme an Familienplanungsprogrammen verpflichten.

In **Brasilien** verlangen immer mehr Arbeitgeber, daß Frauen sich sterilisieren lassen, falls sie angestellt werden wollen.

Während einer Hungersnot in **Bangladesh**, ausgelöst durch die Flutkatastrophe von 1984, wurde die Abgabe von Lebensmitteln mit der Auflage verbunden, sich sterilisieren zu lassen.

In **Indonesien** wurde einem Dorf der Bau einer neuen Straße mit der Begründung verweigert, es nähmen nicht alle Frauen des Dorfes an der Familienplanung teil.

Für die Einnahme von Verhütungsmitteln oder für die Durchführung einer Sterilisation werden die Frauen in **Indien** mit Geld und in **Bangladesh** mit Kleidung "belohnt".[4]

Rassistisch und Sexistisch

Familienplanungsprogramme werden auch innerhalb des Trikonts keineswegs ungeachtet der Rassen-, Geschlechter- und Schichtzugehörigkeit durchgeführt:

Geburtenkontrolle ist ein wichtiger Bestandteil der versteckten, rassistischen Dezimierung der schwarzen Bevölkerung **Brasiliens**. Während dort im Landesdurchschnitt ca 45 % jeder Frauen, die Verhütung betreiben, sterilisiert sind, so sind es in einigen armen und vor allem von Schwarzen bewohnten Gegenden 80 %. Umgerechnet auf alle Frauen im gebärfähigen Alter ergibt sich dort eine Sterilisationsrate von 56 %.

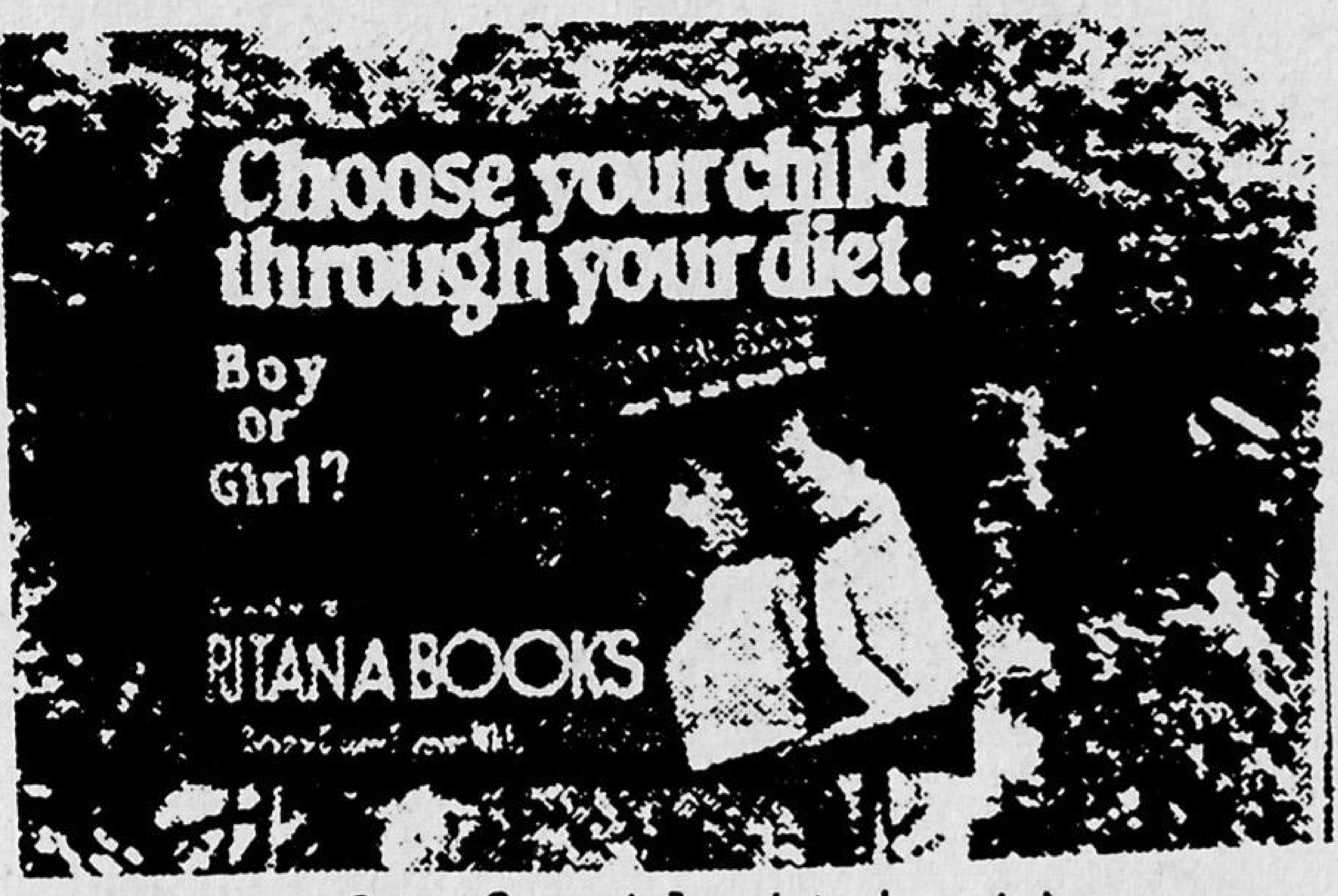
Beim Genozid an der Bevölkerung **Osttimors** durch die indonesische Regierung spielt die Geburtenkontrolle ebenfalls eine wichtige Rolle: In Dili zB bekamen alle Mädchen, aber keine Burschen einer Hochschule eine Spritze unter der Behauptung, es sei eine Tetanusspritze, in Wahrheit handelte es sich um Verhütungsspritzen.

In **Indien** wird die massenhafte Abtreibung weiblicher Föten toleriert. Dies hat

zur Folge, daß Indien zu den einzigen vier Ländern dieser Welt gehört, in denen weniger Mädchen als Knaben geboren werden. Das Abtreiben weiblicher Föten nach Fruchtwasseruntersuchungen nimmt in erschreckendem Maße zu.[5)]

Gesundheitsgefährdung statt Selbstbestimmung

Die heute hauptsächlich am Trikont gebräuchlichen hormonellen Langzeitverhütungsmittel, wie Dreimonatsspritzen und Implantate (Kapseln, die zB am Oberarm eingepflanzt werden), entsprechen weder den kulturellen Voraussetzungen der betroffenen Frauen, noch ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung über die Gebärfähigkeit. Im Gegenteil, sie entziehen den Frauen weitgehend die Kontrolle über die Fortpflanzung und liefern sie modernsten Technologien aus.



Werbung für Geschlechtsbestimmung in Neu-Dehli

Die zahlreichen Nebenwirkungen der hormonellen Verhütungsmittel gefährden und beeinträchtigen die Gesundheit von Millionen von Frauen. Nebenwirkungen, wie zB Zwischenblutungen, die in den industrialisierten Ländern weniger ins Gewicht fallen, sind für Frauen gefährlich, welche infolge von Unterernährung an Blutarmut leiden.

Während in der "Ersten Welt" die medizinische Indikation für die Pille immer mehr eingeschränkt wird, wird in der "Dritten Welt" das "Social Marketing-System" gefördert: Verkauf der Pille durch private Kleinhändler, ohne jegliche medizinische Beratung und Kontrolle.[6)]

Norplant, ein Implantat, das während 5 Jahren Hormone an den Körper abgibt, wurde in **Indonesien** 886.000 Frauen eingepflanzt, ohne die Möglichkeit zur jederzeitigen Herausnahme zu gewährleisten. Zum Teil wurde Frauen, die das Produkt nicht vertrugen und gesundheitliche Probleme bekamen, die ärztliche Herausnahme verweigert, woraufhin sich einige Frauen die Kapseln selbst herausrissen.

Bleiben die Norplant-Kapseln über fünf Jahre im Körper, erhöht sich das Risiko einer Eileiterschwangerschaft wesentlich. Ebenso konnte der Verdacht, Norplant wirke krebserregend, nicht ausgeräumt werden.[7)]

Versuchskaninchen der Wissenschaft

Frauen werden auch als Versuchskaninchen der Verhütungsmittelforschung ausgebeutet:

Bereits in der Testphase befindet sich ein schwangerschaftsverhütender Impfstoff, der mit der Unterstützung des Population Councils in Indien und mit derjenigen der WHO in Australien entwickelt wurde. Mit diesem Impfstoff — einer Verbindung von Tetanus/Diphterietoxoid und dem Schwangerschaftshormon hCG — entwickelt die Frau eine Immunabwehr gegen das körpereigene Schwangerschaftshormon hCG. Dadurch wird die Einnistung des befruchteten Eis in der Gebärmutter verhindert.[8)]

Dies bedeutet die erstmalige Manipulation des körpereigenen Immunsystems, mit dem erklärten Ziel, die "Krankheit Schwangerschaft" zu bekämpfen. Es ist zZt noch nicht absehbar, welche Folgen es haben kann, wenn der Körper anfängt, seine eigenen Hormone zu bekämpfen.

(Dieser Impfstoff wird demnächst in Schweden und Peru [vielleicht war's auch ein anderes Land, jedenfalls am Trikont] zur Anwendung kommen; Anm. d. Tipperin).

Eine große Gefahr des Impfstoffes ist auch die völlige Unkontrollierbarkeit für die Frauen selbst: Es wird somit jederzeit möglich, Frauen unter dem Vorwand einer zB Tetanus-Impfung hormonell wirksame Stoffe einzuimpfen (siehe Beispiel Osttimor). Das würde auch eine logische Konsequenz in der Entwicklungsreihe der Mechanismen zur Geburtenkontrolle (mechanische Verhütungsmittel - Pille - Sterilisation - Dreimonatsspritze - Implantate) darstellen.

Die schon immer frauenverachtende abendländische Wissenschaft setzt Frauen Versuchen aus, welche unabsehbare Nebenwirkungen sowohl auf ihre Fruchtbarkeit, als auch auf ihr körpereigenes Immunsystem haben können.

Folgerungen

Bevölkerungspolitik ist abzuschaffen.

Stattdessen muß die Selbstbestimmung der Frauen über ihr Leben, über ihre Sexualität und ihre Gebärfähigkeit erkämpft werden.

Das bedeutet:

Die jeweiligen Lebensbedingungen von Frauen müssen von Anfang an in die Entwicklung von Verhütungsmitteln einbezogen werden.

Verhütungsmittel müssen von Frauen regional entwickelt und beurteilt werden.

Verhütungsmittel dürfen die Gesundheit der Frauen in keiner Weise gefährden. Die Verhütung muß zu jedem Zeitpunkt durch die Frau kontrollierbar sein.

Der Zugang zu einem ausgebauten Gesundheitswesen muß gewährleistet sein und darf nicht mit familienplanerischen Auflagen verknüpft werden.

Männer müssen in den Bereichen Sexualität, Fortpflanzung und patriarchales Verhalten kritisch geschult werden.

Die ökonomische Existenzsicherung und der Zugang zu Bildung sind Grundvoraussetzung zu selbstbestimmtem Handeln und müssen weltweit für alle erkämpft werden.

Alle Aktivitäten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verhütung und Bildung müssen die genannten Zielsetzungen verfolgen, statt sie für bevölkerungspolitische Zwecke zu mißbrauchen.

Erpresserische Auflagen durch die internationalen, multi- und unilateralen Organisationen (wie Weltbank, Population Council oder US-AID) zur Senkung der Geburtenraten, sind als erstes und sofort zu unterlassen.

Der Propaganda, die weltweiten Probleme ließen sich durch Bevölkerungskontroll-Programme in der "Dritten Welt" lösen, muß ebenfalls sofort der Riegel vorgeschoben werden.

Dieser Text ist aus dem Positionspapier zur Bevölkerungspolitik der Züricher Frauengruppe Antigena gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und Fortpflanzungstechnologie. Der andere Teil, der sich grundsätzlich mit dem "Mythos Bevölkerungspolitik" auseinandersetzt, ist bereits im TATblatt minus 29 erschienen.

Die Frauengruppe Antigena plant, auf der Grundlage dieses Papieres einen Text in der Presse zu veröffentlichen, der von möglichst vielen Gruppen/Initiativen unterzeichnet sein soll. Welche sich also inhaltlich damit identifizieren können, können sich bei

Antigena
c/o Frauenzentrum
Mattengasse 27
CH-8005 Zürich
melden.

Vergewaltiger in linken Strukturen

Anmerkung der Redaktion:
Durch Zufall haben wir erfahren, daß in einem besetzten Haus aus gegebenem Anlaß über Vergewaltiger in linken Strukturen diskutiert wird. Nach verschiedenen Gesprächen unter den Männern, unter den Frauen und teilweise auch zwischen Männern und Frauen hat ein Bewohner in Zusammenarbeit mit anderen Männern den Versuch gemacht, die Dinge aus seiner Sicht zu Papier zu bringen, um den Diskussionsprozeß voranzubringen. Wir haben ihn gebeten seinen Text (um die Anonymität der Diskutierenden zu wahren in leicht abgeänderter und gekürzter Form) zu veröffentlichen, weil wir davon ausgehen, das MET eben nur für einen Typen in einem besetzten Haus steht. Wir wünschen uns, daß dieser Text Diskussionen über das eine Haus hinaus auslöst, und zwar über das Thema selber und nicht, ob nun diese oder jene Formulierung im Text glücklich gewählt wurde. Einen Text auf seine Schwächen hin zu untersuchen und zu zerpflücken ist einfach, einen Diskussionsprozeß transparent zu machen und Gedanken zu einem bisher stark tabuisierten Thema aufzuschreiben dagegen verdammt schwer. Behaltet beim Lesen im Hinterkopf, daß dieser Text nur ein Ausschnitt ist von dem, was in dem Komplex an Auseinandersetzung unter den Männern läuft. Wir hoffen auf eine ehrliche und sensible Umgehensweise mit dem Text und vorallem mit dem Thema Sexismus in linken Strukturen.

Aus der BZ 18.06.92 Nr.28

MET steht für den typ hier im komplex, der zusammen mit einem anderen typ eine frau vor 8 jahren brutal vergewaltigt hat.
Nachdem wir männer vor ca. 3 wochen erfuhren, daß MET eine frau vergewaltigt hat, war unsere erste reaktion wut: das darf doch nicht wahr sein, das schwein. Wir erfuhren es nicht von ihm, sondern von seiner freundin.

Wir begannen daraufhin die auseinandersetzung mit ihm bzw. mit ihm und seiner wohngruppe (die nur aus Männern besteht). Insgesamt haben wir 3 gespräche mit ihm in größeren gruppen (einschließlich einer männer-vv) und mehrere in kleinst- und zweiergruppen geführt.
In unserem ersten gespräch machten wir MET den vorschlag bzw. forderten wir ihn auf, den komplex freiwillig aus eigenen schritten erst einmal zu verlassen, um vorallem frauen den raum und die möglichkeit zur eigenständigen diskussionen zu geben, ohne sich dabei von ihm durch seine präsenz im komplex bedroht fühlen zu müssen, und mit dem freiwilligen rausgehen gleichzeitig eine erklärung für den gesamtkomplex über die vergewaltigung und seine gedanken und bisherigen auseinandersetzungen in diesem zusammenhang zu veröffentlichen.
MET wohnt noch im komplex, hat keine Erklärung geschrieben und keinerlei diskussionprozesse nach außen vermittelt. Er hat es versäumt, von sich aus in einer schriftlichen form seine vergewaltigung für alle im komplex öffentlich zu machen.
So ist es dann von mund zu mund, von ohr zu ohr, über dritte sozusagen im komplex rumgegangen, ohne daß MET darauf einfluß genommen hat.
Scheiße war auch, daß er einer frau aus dem komplex so quasi im nebensatz erzählte: ach, übrigens, ich hab vor acht jahren eine frau vergewaltigt. Die frau hat sich scheiße gefühlt, MET hat das nicht registriert. In diesem zusammenhang hat sich auch ein anderer typ aus dem haus, der in dieser situation direkt dabei saß, scheiße verhalten. Er war völlig sprachlos, unsicher und unfähig, in dieser situation angemessen zu reagieren und einzugreifen. Ist schweigen nicht auch typisch männliche verhaltensweise?
Es ist wichtig, daß sich nicht nur MET sondern wir alle männer uns gedanken darüber machen, was die vergewaltigung für die frau und die vergewaltigungen an millionen anderer frauen bedeutet.
MET sieht sich nicht nur als täter, sondern auch insbesondere als opfer patriarchaler gewalt. (Er hat sich gegenüber hass- und schamgefühle, empfindet selbstmitleid, neigt ein wenig zum märtyrertum und redete auch schon von selbstmord.) Diese tendenz ist in den letzten 3 wochen jedoch weniger geworden (hat sich also schon ein stück verändert).
Er konnte bisher auch trotz massiver kritik gerade auf der männer-vv nicht konkretisieren, was er sich für gedanken über die vergewaltigung, den zusammenhang von vergewaltigung und alltäglicher gewalt gegen frauen, seinen eigenen sexismus oder seine konkreten ansätze zur veränderung seines verhaltens in all den jahren gemacht hat, außer die üblichen anti-pat parolen runterzuleiern.
Ich konnte mich außerdem des eindrucks nicht erwähren, daß er dadurch, daß er uns aufforderte, über unseren eigenen sexismus, unsere bilder und vorstellungen von frauen zu erzählen, seine vergewaltigung relativieren wollte.

Nach einem gespräch mit ihm und seiner wohngruppe erklärte er uns, keine diskussionen mehr in großen gruppen, sondern nur noch in kleinstgruppen und zweiergesprächen führen zu wollen. Vielleicht will er sich dadurch auch der kritik von uns bzw. von mehreren männern gleichzeitig entziehen.
Wir denken dennoch, daß MET grundsätzlich an einer weiteren auseinandersetzung und diskussion mit uns und auch anderen männern interessiert ist. Es ist aber auch seine aufgabe, das jetzt mal zu forcieren und die initiative mehr zu ergreifen. Auch einige von uns sind dazu bereit, ob er nun im komplex wohnen bleibt oder nicht.
Wir haben bisher nicht gefordert, ihn rauszukanten, weil es auch unsere aufgabe ist, als männer - selber träger dieser patriachalen strukturen - in unserer eigenen rolle und position unser verhalten und das verhalten anderer männer mit zu verändern. Wir wollen grundsätzlich vergewaltiger, die bereit sind, sich zu verändern und sich auch wirklich glaubhaft darum bemühen, nicht automatisch auf's abstellgleis schieben und isolieren, sondern ihnen auch die möglichkeit und chance einer veränderung mit uns in diskussionen und im alltag einräumen.
MET wird sich für sein verhalten verantworten müssen, das leid und die schmerzen, die er der frau mit äußerster gewalt zugeführt hat, wird niemals vergessen werden. Dennoch ist es nicht einfach, lösungen zu finden. Mann macht es sich manchmal vielleicht einfacher, jemanden rauszuschmeißen, anstatt sich mit ihm (auch wenn es zugegebenermaßen sehr mühsam sein kann) wirklich auseinanderzusetzten. Gute lösungen zu finden ist manchmal weitaus schwieriger und komplizierter, als wir uns das vorstellen. Wie würden wir uns z.b. verhalten, wenn wir ein reines männerhaus wären?
Jegliche entscheidung von frauen, MET rauszuschmeißen, werden wir selbstverständlich verstehen, akzeptieren und mittragen. Denn wenn es frauen gibt, die keinen bock haben, daß MET hier wohnen bleibt, so ist auch für uns klar, daß dann das bedürfnis der jeweiligen frauen entscheidend und wichtiger ist und somit gradmesser für das ganze haus sein sollte. Aber reden wir nicht nur über MET und seine vergewaltigung, sondern auch über uns selbst. MET meinte, wir seien vorallem im ersten gespräch wie richter, die über ihn urteilen. Und einige frauen hatten/haben den eindruck bzw. sehen die gefahr, daß wir MET als das vergewaltigerschwein in die ecke stellen und all die gewalt und den sexismus auf ihn projezieren und uns dabei mit unserem eigenen sexistischen verhalten ausklammern, uns sozu sagen freischwimmen. Die frauen meinten auch, daß von MET zur zeit nicht mehr oder weniger bedrohung ausgehe als von jedem anderen mann im komplex auch - zudem sind alle männer potentielle vergewaltiger in dieser patriarchalen gesellschaft. Auch könnten wir uns nicht vorstellen und nicht nachvollziehen, was eine vergewaltigung für eine frau bedeutet. Die art und weise, wie wir darüber geredet hätten, sei cool und technisch und wenig betroffen und mitfühlend.
Wir haben uns zum teil gegen diese kritik gewehrt und gesträubt. Wir haben uns z.t. ungerecht behandelt gefühlt, haben nicht verstanden, warum wir denn so kritisiert wurden bzw. warum uns denn so ein ablehnendes gefühl rübergebracht worden ist, wo doch MET eigentlich die große scheiße fabriziert hatte.
Also diese tendenz, uns da so ein stück weit mit unserem eigenen sexismus auszuklammern, hat da schon existiert. Und wie so oft, und das ist auch typisch männlich, reagieren wir erst dann, wenn wir druck von frauen kriegen, anstatt selbst mal anzufangen unser eigenes scheißverhalten zu thematisieren. Erst wenn fast alles zu spät ist, fangen wir an, unsern arsch mal zu bewegen, uns mal 'nen kopp drum zu machen.

Vergewaltigung ist doch nur die spitze des eisberges und nur extremster ausdruck von sexueller gewalt und gewalt allgemein von männern gegen frauen. Männerherrschaft hat tausend unterdrückungsformen. Wir denken, daß wir uns da irgendwo auch wiederfinden, wir können uns da nicht einfach so klamheimlich rausschleichen. Und wenn's das nichtverhalten ist: wer sich zu gewalt und unterdrückung nicht verhält, unterstützt diese indirekt. Wir sagen doch sonst auch immer: wer schweigt, stimmt zu!!!
Aber wo sind wir selbst ganz konkret sexistisch?
In diskussionen unter uns haben wir angefangen, uns diese frage zu stellen. Wir üben gewalt aus in den beziehungen (ob nun intensivere liebesbeziehungen oder nicht), die wir mit frauen führen. Wir sind es, die unsere eigenen sexuellen bedürfnisse über die der frau stellen, die nähe und

abgrenzung bestimmen, die in typischen zweierkisten besitzergreifend sind, die frauen in plena durch unser dominantes und aggressives redeverhalten unterbuttern. Oft funktionalisieren wir frauen für unsere ziele und zwecke (politisch, persönlich oder beides). Warum machen wir überhaupt diese trennung von politischem und privatem? Wenn wir krank sind oder es uns scheiße geht, finden wir zuspruch meist bei frauen, und wir suchen dann in solchen situationen zuspruch und verständnis auch ganz bewußt bei frauen; nutzen wir sie da nicht oft auch aus? Wenn es frauen umgekehrt scheiße geht, machen wir meist zu, blocken ab, bzw. kriegen's gar nicht mit. Warum fordern wir nicht auch von anderen männern (vor allem von denen. mit welchen wir zusammenleben) das ein, was wir von frauen automatisch immer erwarten (verständnis, nähe, wärme). Wir üben oft durch unser nichtverhalten zu anderen sexistischen verhaltensweisen von anderen männern stillschweigende männersolidariät aus. Das passiert eigentlich fast täglich, indem wir uns untereinander eben nicht kritisieren.
Wir sind untereinander oft sehr aggressiv und gewaltätig. Ich erinnere mich da an eine situation bei uns am eßtisch, als wir uns anschrien und uns mit tassen bewarfen (und das war wirklich kein spaß mehr). Wir sind nicht fähig, uns gegenseitig zu reproduzieren, wir brauchen und mißbrauchen dafür die frauen. Wir sind quasi nicht fähig, zärtlichkeit und emotionalität unter uns männer selbst zu leben.
Unser verhalten ist auch oft von konkurrenzdenken geprägt.
Das mag jetzt wohl ein wenig absolut klingen eine tendenz sehe ich dennoch dahingehend bestätigt. Theoretisch mögen wir vielleicht noch zwangshetero- sexualität in frage stellen, aber in unseren z.t. eheähnlichen autonomen zweierkisten sieht das dann praktisch schon wieder ganz anders aus.
Wenn wir mal ein stück ehrlich mit uns selber sind, werden wir auch die eine oder andere sexistische verhaltensweise an uns selbst entdecken, und manche davon sind verdammt subtil. Darauf kommt es nämlich an: seine eigenen scheißteile zu entdecken, sich geegenseitig zu kritisieren und sich zu verändern. Das verändern ist letzlich mehr wert, als tausend beschrie- bene flugis (Da muß ich jetzt an mich denken, wo ich diesem anspruch auch nicht gerecht werde).
Antisexistische praxis?
Wir männer, damit meine ich jetzt szene-männer allgemein, sind fast überall politisch mehr oder weniger stark engagiert: in anti-fa strukturen, in der anti-olympia kampagne, im häuserkampf, in der anti iwf/weltbank und wwg kampagne, in der flüchtlingsarbeit u.s.w., bloß wo ist unser beitrag als männer gegen den sexismus und das patriachat? Was machen wir männer denn gegen den §218, gegen sextourismus und frauenhandel, gegen sexismus in der werbung und in zeitschriften, die an allen kiosken ausliegen, gegen zuhälterschweine und frauenärzte, die frauen vergewaltigen, was machen wir gegen anti-fa macker in der szene? Was machen wir eigentlich? Nichts machen wir, garnichts.
Über ein jahr schon steht der scheiß pornoladen bei uns vorne um die ecke, und was haben wir dazu bisher gemacht? Nix.
Wenn es darum geht, ein paar nazis auf die rübe zu hauen, dann sind wir männer immer die ersten, die zur stelle sind. Wenn's aber darum geht, sexismus in dieser gesellschaft politisch und öffentlich zu bekämpfen, dann sind wir männer nicht zu sehen. Wir sagen dann oft, das sei doch die angelegenheit von frauen, dagegen zu kämpfen. So ein schwachsinn.
Auch darüber,also über eine konkrete antisexistische praxis könnten mann endlich mal reden.

Wir denken ,daß es notwendig ist, eigenständige kontinuierliche männer- strukturen hier im komplex und im alltag zu schaffen, in denen wir uns ganz konkret mit dem (eigenen) sexismus und dem patriarchat beschäftigen, um schließlich die (unsrige) männermacht auszuhebeln.

Grusswort am 20. Juni 92 nach Bonn zur Demo für die Freiheit der politischen Gefangenen

Vor 23 Jahren haben sich Lesben und Schwule in der Stonewall-Kneipe in der Christopher Street in New York erstmals massiv gegen die permanenten Razzien der homophoben Bullen gewehrt. Der spontane Ausbruch war der Funken, der das Faß zum Überlaufen brachte: tagelang verbarrikadierten die Lesben und Schwulen ihre Straße und verteidigten sie militant. Das war die Geburtsstunde der neuen Lesben- und Schwulenbewegung - raus aus den Nischen, den Löchern, den Klappen - rein in die Gesellschaft !

Kein Zufall, daß die Geburtsstunde unserer Bewegung zusammenfällt mit dem Entstehen starker internationalistischer Bewegung für gesellschaftliche Emanzipation der StudentInnen, der Frauen, der Schwarzen - aller unterdrückten und fortschrittlichen Menschen in den imperialistischen Zentren. Das sind auch die Wurzeln der politischen Gefangenen, für deren Freiheit wir kämpfen wollen, auch wenn wir heute nicht nach Bonn kommen.
Denn der Christopher-Street-Day ist unser Tag. Natürlich ist der CSD gerade bei uns in Berlin weitgehend zum entpolitisierten Karnevalszug geworden. Aber es hat keinen Sinn, das zu bejammern. Wir sind als Schwule Teil dieser Bewegung und für ihren Ausdruck selber verantwortlich. Deshalb gehen wir sehr wohl zum CSD und werden dort auch Euer und unser Anliegen, die Freiheit der politischen Gefangenen, vortragen. Und auch der Kampf gegen den §218 als einem der



[illegible]
patriachaler Herrschaftssicherung und Fremdbestimmung ist untrennbar verbunden mit unser aller Befreiung.

Wir denken an Euch !

Allerwärmste Grüße vom Berliner Stonewall !

Redebeitrag Cafe Morgenland (Deutsch)

Wir begrüßen alle Flüchtlinge aus dem Flüchtlingsheim in Schönau. Wir begrüßen auch alle Migrantinnen und Migranten aus Schönau.

Wir sind ein Teil einer Gruppe von MigrantInnen und Flüchtlingen, die in Frankfurt versuchen, ein Cafe für ausländische Frauen und Männer zu organisieren. Unser Ziel ist es über das Cafe eigene Strukturen aufzubauen, die es möglich machen gegen den uns aufgezwungenen Status als Menschen zweiter und dritter Klasse vorzugehen. Genau so wichtig ist es uns aber gegen den immer spürbarer werdenden Rassismus der weißen deutschen Bevölkerung vorzugehen und für eine Gesellschaft zu kämpfen, die Unterschiede zuläßt, ohne sie zu bewerten.

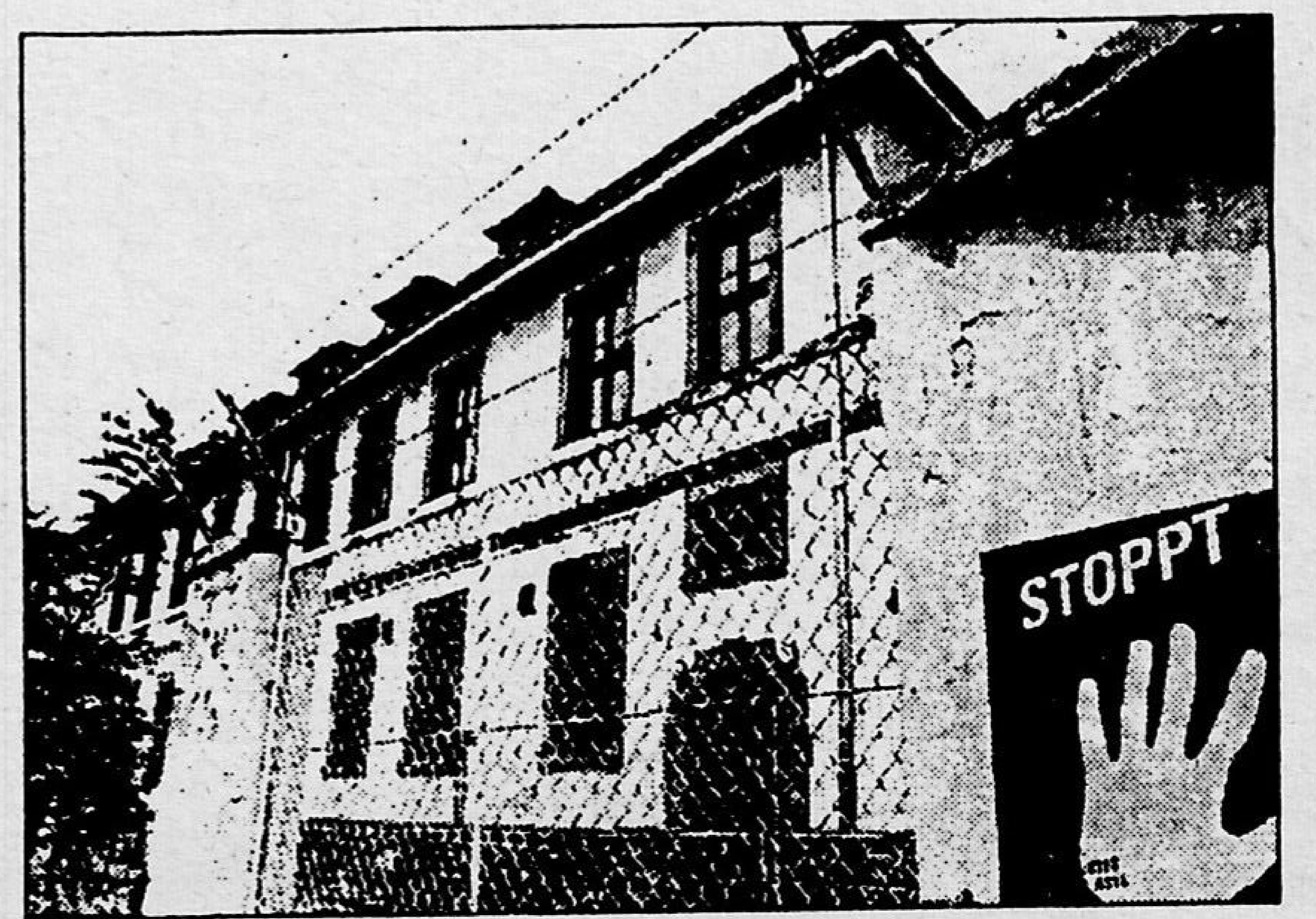
Unser Alltag in der BRD ist gekennzeichnet durch Entrechtlichung, Diskriminierung und rassistische Anmache. Der Nationalchauvinismus und das deutsche Großmachtstreben haben durch die Wiedervereinigung einen neuen Schub erhalten. Das deutsche Volk hat seine Identität wieder gefunden. Hoyerswerda und Hünxe sind keine Ausrutscher. Sie sind auch keine Dummjungenstreiche und schon gar nicht zufällig. Seit Jahren wird die angebliche Überlegenheit der weißen Deutschen propagiert, aus der sie das Recht ableiten, Menschen aus anderen Ländern zu erniedrigen, zu schlagen und umzubringen. Die 2170 Angriffe und Anschläge auf MigrantInnen und Flüchtlinge, die letztes Jahr bekannt wurden, sind verübt worden im Wissen um die besondere Vergangenheit dieses Landes. Eine andere Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit hat es hier nie gegeben, sonst könnten nicht selbst die, die 30 Jahre später geboren sind, sich heute in diese Zeit zurückwünschen. In einer Situation, in der die brutale militärische Gewalt für immer mehr Menschen zum Alltag geworden ist, in einer Situation, wo Menschen verhungern, weil ihre Lebensgrundlagen durch den westlichen Imperialismus zerstört wurden, glauben viele Deutsche ihr Recht auf Mehr mit Stiefeln und Totschlägern durchsetzen zu können.
Menschen aus anderen Ländern werden zum Abschuß freigegeben, ob das nun durch die Medienhetze ist, durch gezielte Kriminalisierung derjenigen, die sich weigern, wie von ihnen erwartet, hier den Wohlstandsmüll wegzuräumen, oder nicht gebraucht werden, ausländischer Frauen, die versuchen sich dadurch über Wasser zu halten, daß sie ihren Körper, ihren einzigen Besitz, verkaufen. Begleitet werden diese Maßnahmen durch eine Verschärfung der rechtlichen Situation, die sich in dem neuen Ausländergesetz und in der Veränderung des Asylverfahrensgesetzes niederschlägt. Auch wenn der Rassismus der deutschen Bevölkerung eine wesentliche Bedingung für die brutale Ausbeutung Menschen anderer Herkunft ist, so bilden die rechtlichen Mittel doch eine ihrer wichtigsten Grundlagen. Euch Flüchtlingen wurde angeboten, euch in die DDR transferieren zu lassen. Auch wenn ihr die DDR vielleicht noch nicht kennt so dürfte euch doch der Name Hoyerswerda ein Begriff sein. Hoyerswerda stand nie alleine. Aber die BürgerInnen in Schönau haben sich bemüht ihre Landsleute im Osten zu übertrumpfen. Sie haben nicht nur geklatscht, als organisierte Rassisten die Flüchtlingen bedroht und angegriffen haben. Nein, sie haben ihre Sache selbst in die Hand genommen. Und das, was jetzt in Schönau passiert, kann sich jederzeit überall in der BRD wiederholen. So weit sind sie wieder.
Als wir mit einigen von euch geredet haben und ihnen über unsere Erfahrungen und Eindrücke berichtet haben, waren viele von euch noch verzweifelter. Wir können euch wirklich nicht viel Erfreulicheres erzählen. Gerade weil wir die Situation so bedrohlich einschätzen, haben wir beschlossen unsere eigenen Strukturen aufzubauen und zu festigen. Wir müssen dennoch einige Worte zu den Deutschen sagen, die vor das Flüchtlingswohnheim gekommen sind, um sich mit euch zu solidarisieren. Trotz Schwierigkeiten und Differenzen, sehen wir in diesen Frauen und Männern, die sich als Linksradikale und Autonome verstehen, einen kleinen Hoffnungsschimmer. In ihrem Versuch mit den Strukturen dieser Gesellschaft radikal zu brechen, sehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Unsere eigenen Strukturen sind derzeit viel zu schwach. Nur wenige ausländische Gruppen treten dem Rassismus offen entgegen, viele Gruppen vertreten nur nationale Interessen, und dies zu Not auch gegen andere MigrantInnen und Flüchtlinge.

Wir haben gehört, daß sich auch einige ausländische Leute aus Schönau an den Angriffen beteiligt haben. Ihr laßt euch auf die Rolle ein, die sie für uns vorgesehen haben: im Streit um die hintersten Plätze in dieser Gesellschaft greift ihr diejenigen an, deren Situation noch schlechter ist als eure eigene. Ihr stellt euch auf die Seite eurer zukünftigen Mörder ! Wie könnt ihr eure eigene Geschichte und die Geschichte eurer Eltern in Deutschland vergessen ? Vielleicht hofft ihr, davon zu profitieren, daß ihr scheinbar integriert seid. Letzten Endes aber unterscheiden die faschistischen Schläger nicht. Von den 30 ausländischen Menschen, die letztes Jahr von Rassisten umgebracht wurden, waren zehn länger hier lebende MigrantInnen. Und selbst wenn die Faschisten unterscheiden würden: Wir werden keine RassistInnen dulden oder entschuldigen.

Kein Vergeben, kein Vergessen !

Hoch die internationale Solidarität !

Leute vom Cafe Morgenland



Seit gestern abend ist der Bereich um die Kaserne gesperrt. (Foto: Kunz)

Zusammenfassung der Ereignisse der letzten drei Wochen in Mannheim - Schönau

Es gibt Menschen, die sind gar keine Menschen!" sagt ein deutscher Mann auf der Lilienstraße in Mannheim - Schönau und meint damit die BewohnerInnen der ehemaligen Gendarmerie - Kaserne, jetzt Zweigstelle der Zentralen Aufnahmestelle für AsylbewerberInnen in Baaden-Würtemberg.
Damit ist ausgesprochen, was das zentrale Problem der Auseinandersetzungen der letzten Wochen in Schönau ist: Der Rassismus der deutschen Bevölkerung, der "Nicht-Deutschen" das Existenzrecht bestreitet und sich selbst das Recht nimmt, diesen das Leben zur Hölle zu machen.
Daß gerade AsylbewerberInnen nicht Menschen, sondern Freiwild sind, ist mehrheitliche Meinung der deutschen Bevölkerung.
Mit dem sicheren Wissen um diesen gesellschaftlichen Konsens, dem Wissen darum, nur das zu tun, was eh fast alle denken, belagerten mehrere Abende lang hunderte Schönauer BürgerInnen das Flüchtlingswohnheim. Sie demonstrierten dort ein neues und zugleich altes Nationalbewußtsein; nicht etwa als Faschisten, sondern als Volksgemeinschaft verteidigen sie ihre deutsche Straße.
Schönau ist ein ArbeiterInnenstadtteil am Rande von Mannheim. Miets- und Armeekasernen, kleine Reihenhäuser prägen das Bild dieser Republikaner-Hochburg. Seit der Unterbringung von 220 Flüchtlingen in der Gendarmerie-Kaserne kommt es zu Anfeindungen, die mittlerweile zur Belagerung des Flüchtlingswohnheim eskaliert sind. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden diese Ereignisse am Vatertag. Eine im Suff ausgebrochene Schlägerei zwischen den deutschen Teilnehmern eines Festes fand ihre Versöhnung im gemeinschaftlichen Beschluß, vor das sogenannte "Asylantenheim" zu ziehen. Als Vorwand diente diesen Vatertagsmännern, das Gerücht ein Asylbewerber habe eine deutsche Frau vergewaltigt. Dieses Gerücht wurde zwar in Kürze widerlegt, hatte aber seine rechtfertigende Funktion voll erfüllt.
Weitere Schönauer BürgerInnenschlossen sich an. Auf 400 Personen angewachsen, konnte die Menge nur von der Polizei abgehalten werden, das Heim zu stürmen. Weiterhin versammelten sich jeden Abend nach Arbeit und Abendbrot vor der Gendarmerie-Kaserne.
Die Menge setzte sich hauptsächlich aus jungen Männern zusammen. die Pöbeleien und Drohungen gegen die AsylbeweberInnen ausstießen und versuchten zum Lager vorzudringen, umgeben von beifälligen ZuschauerInnen, unterstützenden MitschreierInnen, keineswegs gestört oder gehindert durch andere Schönauer BürgerInnen.
Es gab zwar eine zaghafte Distanzierung von dieser Art des "BürgerInnenprotests", doch zeigte alsbald ein offener Brief des Mannheimer Oberbürgermeisters Widder schon Verständnis für den vermeintlichen Inhalt der Übergriffe. Oberbügermeister, Behörden und Medien behandelten die Vorfälle als lokales Ereignis und fürchteten vor allem um den guten Ruf von Schönau. Der OB versuchte durch Konzessionen an die RassistInnen diese zum Daheimbleiben zu bewegen und so spektakuläre Schlagzeilen zu vermeiden.
Kurz nach Bekann twerden der Übergriffe demonstrierten verschiedene limksradikale Gruppen ihre Solidarität mit den Flüchtlingen und versuchten vor Ort sich den RassistInnen entgegenzustellen und womöglich zu vertreiben. Das Interesse richtete sich schlagartig auf die antirassistischen Kundgebungen: Begleitet von einer Kampagne der Lokalpresse gegen sogenannte auswärtige Störer, machten Behörden und Polizei gegen diese Einmischung mobil.
Ihre bisherigen Höhepunkte setzte diese Mobilmachung mit einem quasi permanenten Demonstrationsverbot, der Abriegelung des Stadtteils Schönau, der brutalen Zerschlagung der Demo am 6. Juni in der Mannheimer Innenstadt, der Einkesselung von Hunderten von DemontrantInnen am 13. Juni und inzwischen insgesamt knapp 400 Festnahmen.

Oberstes Prinzip der Polizei strategie ist die Abschreckung und Einschüchterung antirassistischer DemontrantInnen, sowie der Versuch den konkreten Anlaß zu verschleiern und Schönau zur demonstrationsfreien Zone für Linke zu machen. Diesem Bemühen entsprechen die Medien: Erst durch die Demonstrationen gezwungen überhaupt etwas zu berichten, spricht ihre zöerliche Berichterstattung fast ausschließlich ganz allgemein von "Pro-Asyl"- Demonstrationen, die Schärfe der Konfrontation mit dem Rassismus der stinknormalen deutschen Bevölkerung wird weitgehend verschwiegen.



Vermummte Randalierer / 142 Festnahmen

Sorge vor neuen Krawallen in Mannheim

Schwere Ausschreitungen nach verbotener Demonstration für Asylheim

Mannheimer Morgen 5.6

Zu schweren Ausschreitungen kam es in Mannheim, als die Polizei eine verbotene Demonstration auflöste. Bild: Neusch

Mannheimer Morgen 3.6.92

Dauerregen kühlte Gemüter ab

Massive Polizeikontrollen auf der Schönau überraschten angereiste Chaoten

Die ersten militanten Störer aus dem Frankfurter Raum reisten am frühen Abend an.

Augenblicklich scheint sich die Lage vor dem Flüchtlingswohnheim insofern entspannt zu haben, als es nicht mehr zu den allabendlichen Massenaufläufen vor dem Lager kommt. Dennoch ist der Ausnahmezustand für die Flüchtlinge keineswegs beendet. Umgeben von einer mehrheitlich feindseligen Bevölkerung, die bewiesen hat, daß sie jederzeit zum gemeinsamen agressiven Verhalten fähig ist, von Polizisten bewacht, leben sie hinter Zäunen und Absperrgittern in nahezu völliger Isolation.
Wir denken, daß es nach wie vor wichtig ist, eine große Demonstration in Schönau selbst durchzusetzen. Der immer offener auftretende Rassismus läßt weitere von breiten Bevölkerungsschichten getragene Aktionen gegen AsylbewerberInnen und MigrantInnen erwarten; allerorts bilden sich "Bürgerinitiativen", deren Ziel es ist, gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihren Orten Front zu machen. Die Vorfälle in Schönau haben insofern beispielhaften Charakter und sind Signal für das sogenannte gesunde Volksempfinden im ganzen Land.
Unmittelbar liegen unsere eigenen Möglichkeiten zuallererst darin, durch unsere massive Präsenz in Schönau selbst die Vorfälle öffentlich zu machen und unsererseits ein Zeichen setzen: Daß, wer sich

entscheidet Jagd auf AsylbewerberInnen zu machen, auch riskieren muß auf Widerstand zu stoßen und nicht unbehelligt seinem Tun nachgehen zu können; daß Pogromstimmung nicht umstandslos in den normalen Alltag integriert werden kann.

Leute aus Frankfurt

Aktuelle Informationen über die Situation in Schönau, bzw. von uns geplanten Gegenaktionen könnt ihr über das antifaschistische/ antirassistische Infotelefon Frankfurt bekommen: 069/ 703337 !

Zu den Beiträgen über die Ereignisse in Mannheim - Schönau:
Der Redebeitrag der Autonomen L.U.P.U.S. Gruppe richtet sich an die Schönauer BürgerInnen. Durch das Demoverbot am Samstag, den 6. und 13.6. , die Abriegelung Schönaus und die masiven Bulleneinsätze an diesen beiden Tage, ist verhindert worden, daß wir in Schönau demontrieren, geschweigedenn mit den Schönauer BürgerInnen "in Berührung" kommen konnten. Der Beitrag konnte daher bis jetzt noch nicht gehalten werden.
Die Zusammenfassung dessen, was in Schönau in den letzten Wochen passiert ist, schließt mit einer kurzen Einschätzung ab, die die Diskussion einiger weniger widergibt.
Was dabei rausfällt ist, daß die Bedeutung der Ereignisse in Schönau von den verschiedenen Gruppen und Städten völlig unterschiedlich bewertet wird, was natürlich auch zu unterschiedlichen Konsequenzen für unser weiteres Vorgehen führt...



ENGLAND: KRISE RASSISMUS WIDERSTAND

SCHWARZE RISSE * ROTE STRAßE

3 SONDERNUMMERN

Wir haben uns überlegt, die Diskussion um den RAF-Brief und was da so zugehört aus der Zeitung raus zu lassen. Die Auseinandersetzung ist so umfangreich, daß wir dazu eine Sondernummer machen. Auch die RZ-Diskussion setzen wir in einer Sondernummmer fort.
Ihr könnt bei uns jetzt also drei Sondernummern bekommen: RZ-Diskussion Teil 1+2 und eine zum RAF-Brief. Sie kosten je 2DM + 1DM Porto; die zur RAF evtl. 3DM je nach dem wie umfangreich wir sie machen

agitare bene
c/o AL
Bobstr. 6
W-5000 Köln 1

Rassismus Bremen

Hand in Hand und in Pogromstimmung

Haben Schwarze und KurdInnen in Bremen einfach Pech gehabt? Pech insofern, als niemand mit der Kamera zur Stelle war, während Polizeibeamte auf sie einprügelten, sie folterten. Daß ihre Realität somit keinen Platz hatte in derjenigen dieser (weißen) Gesellschaft, welche entscheidend via Fernsehen bestimmt wird.

Die Antwort auf die Frage ist nein. Denn laufende Kameras hätten nicht viel geändert. War doch für die Öffentlichkeit von Anfang an - das heißt, bereits *vor* Bekanntwerden detaillierter Informationen - klar, daß allenfalls in Verstößen einzelner Beamter der Grund für Übergriffe gegen Flüchtlinge in Bremen liege. Keinesfalls jedoch sei die Ursache in einer politischen Systematik zu suchen, welche vor allem Schwarze und KurdInnen gezielt tagtäglich rassistischem Terror aussetzt. "Einzelne Polizeibeamte" (Martin Thomas, WK 27.3.), "schwarze Schafe" (Rolf Lüken, taz 27.3.) kämen möglicherweise als Täter in Frage, von "vereinzelten Handlungen" (Friedrich van Nispen, WK 27.3.) war die Rede. An dieser Haltung hätte auch ein Video nichts geändert.

Es war also kein Pech, daß mißhandelte Schwarze und KurdInnen in dieser Stadt so wenig Unterstützung und Solidarität erfahren haben. Die Ursache liegt vielmehr im bestehenden **gesellschaftlichen Konsens**, jegliche politische Konsequenzen abzulehnen. Dazu muß die Affäre aus der Welt geschafft werden. Alle müssen ihr Scherflein beitragen und haben ihre Rolle zu spielen. Einer der Akteure dabei heißt Rolf Lüken und ist Polizeipräsident.

Bremens Polizeipräsident - der Vertuscher

Rolf Lüken fährt dreigleisig. Seine Strategien lauten Drohen, Diffamieren und Vertuschen. Diejenigen einzuschüchtern, welche die Machenschaften seiner Beamten ans Licht brachten, war seine erste öffentliche Handlung. Dazu drohte er, gegen den Aufruf zur Demonstration am 4.4.92 juristisch vorzugehen. Denn es sei "infam, daß so schwere Beschuldigungen gegen Polizisten einfach in den Raum gestellt werden, ohne Roß und Reiter zu nennen" (WK 26.3.). Und er kritisierte zusätzlich das Vorgehen der Staatsanwaltschaft (Durchsuchung von Wache 3): "Die Intensität der staatsanwaltlichen Maßnahme stimmt mich nachdenklich" (WK 28.3.). Vier Tage später war zu lesen, daß er nach Gesprächen mit seinen Beamten die Vorwürfe als haltlos einstufte (SZ 1.4.). Er sprach von einer "Hetzkampagne" (taz 2.4.). Auf der Pressekonferenz am 2.4.92 wollte der Polizeipräsident die vorgebrachten Vorwürfe entkräften. Offiziell der Wahrheit verpflichtet, stellte er fest (WK 3.4.): "Die Vorwürfe gegen die Polizei wiegen schwer. Sie werden von mir nicht mit leichter Hand vom Tisch gewischt." Nun sollte plötzlich "schwer wiegen", was doch eigentlich "haltlos" ist. Dieser Widerspruch ist nicht aufzulösen. Das weiß auch Rolf Lüken. Er hatte sich längst entschieden. Seine "Aufklärung" war keine. Er bediente sich rhetorischer Taschenspielertricks, Diffamierungen und völlig abwegiger Behauptungen um zu vertuschen. Dies zeigen die drei folgenden Beispiele:

Beispiel 1: Der Kurde Hassan T. hatte in "Monitor" über polizeiliche Mißhandlungen berichtet. Er hatte dabei explizit jegliche Beteiligung am Drogenhandel bestritten. Lükens Strategie war, die Glaubwürdigkeit des Zeugen zu untergraben um sich damit der Vorwürfe zu entledigen. Dazu stellte er fest, daß in einem Nebenraum der Wohnung von Hassan T. u.a. eine Schußwaffe und 1,35 kg Heroin gefunden wurden. Deswegen laufe ein Strafverfahren gegen Hassan T. (es soll offenbar eingestellt werden, taz 28.4.). Auf Nachfrage mußte Lüken zugeben, daß es sich bei dem "Nebenraum" um eine andere Wohnung im selben Haus gehandelt hat (WK 3.4.92 & taz 4.4.92). Eine andere Wohnung in einen Nebenraum umzudefinieren, ist bewußte Tatsachenfälschung. Sie macht klar, Lüken verfolgte nur ein Ziel, nämlich Hassan T. als gefährlichen Großdealer zu denunzieren, der selbst vor einem Schußwaffengebrauch nicht zurückschreckt.

Beispiel 2: Ein Schwarzafrikanischer Flüchtling hatte ausgesagt, daß ihm von der Polizei Brechmittel gespritzt worden sei. Damit sollten von ihm laut Polizeiprotokoll verschluckte Rauschgiftpäckchen zu Tage gefördert werden. Außerdem wurde er auf dem 3. Polizeirevier brutal mißhandelt, was ihm "als Andenken" eine Narbe am Oberschenkel eingebracht hat. Lüken mußte die Injektion bestätigen. Von dieser Maßnahme will er aber vorher noch nie was gehört haben (taz 3.4.92) und dies obwohl es sich bei dem Brechmittel Apomorphin um ein extrem stark wirksames und gesundheitsgefährliches Präparat handelt. Die angeblich verschluckten Päckchen wurden auch nach der gewaltsamen Injektion nicht gefunden. Dies lag, laut Lüken und seinem Polizeiprotokoll, daran, daß der Schwarze beim Kotzen die Päckchen immer wieder heruntergeschluckt hat. MedizinerInnen halten dies wegen der extremen Wirkung von Apomorphin für ausgeschlossen. Der Flüchtling hatte denn auch berichtet, daß die Polizisten erfolglos im Erbrochenen herumstocherten. Dabei verpaßten sie ihm noch Schläge in den Magen. Als Faktum konnte Rolf Lüken nur präsentieren, daß der Flüchtling die Wahrheit gesagt hatte. Doch auch dies beirrte ihn nicht in seiner Strategie. Denn statt gegen die beteiligten Beamten zu ermitteln, tischte er nun die haarsträubenden Behauptungen des Polizeiprotokolls zu deren Rechtfertigung auf.

Auf der Pressekonferenz des Anti-Rassismus-Büros hatte der Flüchtling außerdem die Narbe gezeigt. In einem buten & binnen-Bericht über die Pressekonferenz war dann aber wenige Sekunden lang nur eine andere, benachbart liegende und größere Narbe zu sehen. Lüken argumentierte auf seiner Pressekonferenz, daß diese Narbe gar nicht von Mißhandlungen stammen könne, da sie nach dem Augenschein (via den buten & binnen Bericht) einer medizinischen "Kapazität" Jahre alt sei. Es hatte aber ohnehin niemand behauptet, daß die in buten & binnen gezeigte Narbe von den Mißhandlungen stammt. Ohne sich überhaupt informiert zu haben, berief Lüken sich auf die völlig mangelhaften Fernsehbilder, um eine niemals gemachte Aussage zu widerlegen. Doch Rolf Lüken wollte sich gar nicht informieren, denn sein Konzept war klar: Dem Flüchtling sollte eine Falschaussage angehängt und er somit zum Lügner gestempelt werden, der nicht einmal einen Funken Vertrauen verdient.

Beispiel 3: Mehrere Flüchtlinge hatten berichtet, daß Polizeibeamte der Wache 3 sie genötigt hatten, Geldscheine in ein Sammelschiffchen der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu stecken. Rolf Lüken wollte dieser Sache nicht nachgehen, wie er auf seiner Pressekonferenz erklärte. Denn "er könne das Mißtrauen gegen seine Beamten auch zu weit treiben" (taz 4.4.). Verfolgt hat die Angelegenheit dann ein Journalist von Radio Bremen. Das weithin bekannte Resultat: 2730 DM fanden sich 1991 im Schiffchen der Wache 3, während es im Landesdurchschnitt nur 80 DM waren. Bemerkenswert ist auch die Differenz zum Vorjahr, da waren nur 50 DM auf der 3. Wache gespendet worden (taz 18.4.). In den ersten 4 Monaten 92 sammelten sich wieder bereits 1000 DM an. Binnen eines Tages konnte Lüken dafür eine Begründung liefern. Dankbare BürgerInnen sollen es laut Lüken gewesen sein, die gespendet haben. Nämlich dann, wenn sie bei Großveranstaltungen mit Hilfe der Polizei ihr Auto wiederfanden.

Dies macht klar, Rolf Lüken ist wirklich keine Geschichte dumm genug, wenn sie nur der Entlastung seiner Beamten dient. Denn nicht einmal für die Beantwortung der Frage, warum denn bei Großveranstaltungen 1990 nur ein winziger Bruchteil der Beträge 91/92 in das Schiff gesteckt wurden, reicht seine Begründung noch aus. Nachdem Lüken also zunächst keinerlei Interesse daran gezeigt hatte, den Erpressungsvorwürfen nachzugehen, verbreitete er nun nach Bekanntwerden belastender Indizien eine haarsträubende Lesart zur Entlastung potentieller Erpresser in den Reihen der Polizei. Doch nicht genug damit. Via buten & binnen "erinnerte" der Polizeipräsident die dankbaren BürgerInnen an ihre Spenden. Nun soll angerufen werden (bei Polizei, Presse und Staatsanwaltschaft), um dieses Märchen nachträglich in Realität zu verwandeln. Der Polizeipräsident vertuscht und er stiftet Teile der Bevölkerung an, ihm dabei behilflich zu sein.

Diese drei Beispiele belegen überdeutlich, Rolf Lüken hat keinerlei Interesse an einer "Aufklärung" der Vorwürfe. Stattdessen betreibt er eine aktive Desinformationsstrategie, er denunziert die Opfer und wäscht die verantwortlichen Polizeibeamten frei von Schuld. Wer auf Wahrheitsermittlung via Rolf Lüken setzt, macht den Bock zum Gärtner.

Bremens PolitikerInnen und Medien - die Mittäter

Gäbe es so etwas wie eine "kritische Öffentlichkeit", wäre es Rolf Lüken nicht möglich gewesen, derart dummdreist vorzugehen. Hierfür bedurfte es einer Komplizenschaft von Medien und Politik. Ein Resultat ist, daß es kaum Stimmen gibt, welche die Glaubwürdigkeit des Präsidenten an seinen verlautbarten, fadenscheinigen Statements messen. Im Gegenteil, buten & binnen hat sich beispielsweise zum Sprachrohr Lükens gemacht, mittels dessen er seine Verlautbarungen völlig ungehindert und ohne auch nur den Ansatz einer kritischen Überprüfung zum besten geben kann.

Die Reaktionen der PolitikerInnen waren geprägt von dem parteiübergreifenden Interesse, politische Konsequenzen um jeden Preis zu verhindern. Infolgedessen übertraf sich die Bremische Politik wöchentlich neu in ihren Solidaritätsbezeugungen für die beschuldigten Beamten. Sie befand sich im Wettstreit um die infamste Diffamierung der Opfer. Dabei klappte die Kooperation mit lokalen Medien perfekt. Völlig unkommentiert konnten wir in der Zeitung lesen, was SPD-PolitikerInnen schon damals wußten: Die Anschuldigungen sind falsch (WK 16.4.). Die Flüchtlinge sind allesamt kriminelle Lügner, lautet die Botschaft.

Solidarität mit den Opfern paßt nicht ins Konzept. Folgerichtig hat sich, von an einer Hand abzählbaren Ausnahmen abgesehen, keine(r) der Bremer PolitikerInnen auch nur den Anschein gegeben, mit den betroffenen Flüchtlingen ins Gespräch kommen zu wollen. So berief der Landesvorsitzende der SPD, Horst Isola, einen "runden Tisch" ein, um das verschärfte innenpolitische Klima zu diskutieren (taz 18.4.). Es ist klar, wer dazu nicht geladen wurde: Die Mißhandelten selbst und diejenigen Organisationen, welche zusammen mit den Flüchtlingen die Folterpraktiken öffentlich bekannt machten. Auf eine Beschwerde des Anti-Rassismus-Büros (Brief vom 23.4.) ließ Horst Isola via Presse und Brief antworteten, daß er eine Beteiligung (zumindest des Büros) befürworte (WK 15.5.). Doch dies ist schlichtweg öffentlichkeitswirksam inszenierter Betrug angesichts der Tatsache, daß auch die zweite Sitzung des runden Tisches am 1.6. wieder unter Ausschluß der oben genannten Gruppen stattfand. Isola hat es nicht einmal für nötig gehalten, für diesen Tatbestand eine Erklärung abzugeben.

Stattdessen, Solidarität mit den Tätern. Dabei wird verschieden verfahren, je nach politischer Couleur. Die einen bestürmten Polizisten, denen der ungeheuere Vorwurf gemacht wird, sich als Folterknechte betätigt zu haben, um diesen ihre Solidarität auch aktiv zu demonstrieren. Wohlgemerkt, ihre politische Solidarität mit Foltermaßnahmen auf Bremer Wachen. Die anderen schweigen und ignorieren, was, gemessen an ihrem, sonst so bereitwillig und geschwätzig unters Volk gebrachten, poltischen Selbstverständnis, eigentlich ein Skandal und eine Katastrophe sondersgleichen sein müßte. Bremens PolitikerInnen haben ihr eigenes Gerede von Menschenrechten, von Rechtsstaatlichkeit, von Anti-Rassismus und der Vergangenheit Deutschlands als Farce und Heuchelei enttarnt.

Die Parteien offenbarten sich gleich zu Beginn. Zwei Tage nach der staatsanwaltlichen Durchsuchung von Wache 3, also *vor* der Monitor-Sendung und *vor* der Pressekonferenz des Anti-Rassismus-Büros war die Linie bereits festgelegt (WK 27.3.). Ohne die Vorgänge zu kennen oder je mit einem Betroffenen gesprochen zu haben, stellen die Bremer PolitikerInnen nur eines klar: **Es gibt zu einer Innenpolitik, die für KurdInnen und Schwarze nichts weiter als rassistischen Terror bedeutet, keine Alternative.**

Damit war klar, van Nispen hat freie Hand. Er nutzte diese Absolution sofort für eine ungehemmte Verbalattacke gegen diejenigen, welche die Bremer Innenpolitik als das benannt haben, was sie für die Betroffenen ist. Sie sind nach Meinung des Innensenators "von einer Diktion des Ungeistes" beherrscht (taz 27.3). Er zelebriert perfiden Zynismus, wenn er öffentlich die Frage stellt, warum sich die Betroffenen - vor dem Hintergrund, daß einzelne Übergriffe bereits Monate zurückliegen - nicht schon früher gewehrt hätten (WK 8.4). Mittels der "harten Bremer Linie" den Versuch zu unternehmen, den betroffenen Schwarzen und KurdInnen Selbstvertrauen und Selbstachtung aus- und permanente Paranoia einzuprügeln, ist militanter Rassismus. Und die Opfer dann vor dem Hintergrund massiver Drohungen, Einschüchterungen und der Tatsache, daß oft *mehrere* Beamte mit *einem* Flüchtling "beschäftigt" waren (was ist eine Zeugenaussage da wert?), noch mangelnder Zivilcourage zu bezichtigen, ist die propagandistische Begleitmusik des Täters.

Es ist so klar, van Nispen steht voll und ganz hinter der Politik des rassistischen Terrors. Für ihn ist die Tatsache, daß Menschen gegen ihren Willen ein hochgradig gesundheitsgefährdendes Mittel gespritzt wurde und im Polizeibericht dazu haarsträubender Unsinn steht, kein Problem. Das Problem ist für ihn, diese Gewalt künftig rechtlich einwandfrei zu organisieren (WK 8.4.). Und dies wiederum ist kein Problem für die Öffentlichkeit.
Denn dieser Mann ist für Bremer Politik und Medien nicht Mittäter (zumindest im Sinne dessen, was gemeinhin als seine "rechtsstaatliche" politische Verantwortung bezeichnet wird), sondern er wurde zum Opfer stilisiert, welches sich einer Kampagne "Krimineller" erwehren muß. In Bremen herrscht der rassistische Ausnahmezustand. Dafür ist all das, was sonst als Kontrollmechanismen sog. "westlicher Demokratien" angepriesen wird, außer Kraft gesetzt.

Der "Ausweg" aus dieser (als überaus lästige Affäre empfundenen) Folterkatastrophe ist für alle - die politisch Naiven, die professionellen PolitdarstellerInnen und jene mit anti-AKW geschärftem, "kritischem" Bewußtsein - der gleiche: Die Staatsanwaltschaft löst die Probleme. Die mannigfachen Schwierigkeiten der Opfer bei dieser Prozedur zu ihrem Recht zu kommen, mehrfach ausführlich dargestellt, sie werden ignoriert, in Kauf genommen und gebilligt, denn sie sind erwünscht. Die Justiz entbindet alle davon, sich eine unabhängige Meinung zu bilden und sich mit den Opfern staatlicher Repression zu beschäftigen. Keine(r) muß sich mehr mit den Folgen autoritärer und rassistischer staatlicher Politik auseinandersetzen. Die Verantwortung ist abgewälzt.

Jedoch, eine Innenpolitik, welche die Dauerhatz auf Flüchtlinge als integralen Bestandteil hat, ist eine Staatsaffäre. Sie ist Angelegenheit für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Aber, ein solcher Ausschuß stünde im Widerspruch zu dem parteiübergreifenden Konsens, daß ein Durchschlagen der Folterpraktiken auf die Innenpolitik in jedem Fall zu verhindern ist. Die Folge ist, keine Partei will einen solchen Ausschuß und die "Ampel" steht geschlossen hinter ihrem Senator. In diesem Kontext kann gar nicht genug gewürdigt werden, welch erbärmliches Bild diese Koalition bietet. Sie konnte sich nicht einmal dazu durchringen, dem Vorschlag von Walter Ruffler zu folgen und die Vorfälle in dem neugegründeten "parlamentarischen Ausschuß für die Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen" zu behandeln. Die Ampel-Koalition opfert die elementarsten "rechtsstaatlichen" Prinzipien dafür, daß ihr "law and order" Bürokrat van Nispen ungestört schalten und walten kann.

Mit allerlei Verlautbarungszierat versehen, sollen all diese Reaktionen in der öffentlichen Meinung mutieren zu einem diffusen Konglomerat, welches dann doch als "rechtsstaatliches" Verhalten rezipiert wird. Und das, obwohl hier in Wahrheit etwas ganz anderes praktiziert wird, nämlich das Gebaren x-beliebiger Folterdiktaturen. Auf diesem Niveau bewegt sich die Bremer Politik.

Bremens Polizeigewerkschaft - die rassistischen Hetzer pur

Und in diesem Klima gedeiht sie hervorragend, die rassistische Hetze. Ermutigt durch die Reaktionen der Bremer Öffentlichkeit, veranstaltete die Polizeigewerkschaft eine Kundgebung, welche einer der "Höhepunkte" des Trauerspiels war. Wer direkt von polizeilicher/staatlicher Repression und Stigmatisierung betroffen ist, wer sich mit diesen Menschen solidarisch zeigt, wird in einer Zeitungsanzeige der Polizeigewerkschaft (WK 11.4.92) als "Szene" umdefiniert, die "täglich Gewalt, Verbrechen und Terror praktiziert." Hans Schulz, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im DGB, streifte jegliche Hemmungen ab. So wie Teile seiner KollegInnen mit Knüppeln auf Flüchtlinge eingedroschen haben, schlug er mit Worten um sich. Er verhöhnte und diffamierte die Opfer, beschimpfte AnwältInnen und hetzte gegen alle, welche sich solidarisch mit den mißhandelten Flüchtlingen und ImmigrantInnen zeigen (taz 13.4.92).

Und das alles geschah im solidarischen Beisein und unter gefälligem Beifall von PolitikerInnen (wie die Herren Dr. Dieter Klink und Claus Dittbrenner von der SPD), die sich wohlfühlen in diesem Klima der rassistischen Hetze, sie demonstrativ unterstützen und somit selbst aktiv betreiben. Und da waren auch jene BürgerInnen, die ihre Auschwitz-Gesinnung nicht einmal ansatzweise zu verbergen suchten. Das ist die Stimmung der Selbstjustiz. Die Polizeigewerkschaft und das "gesunde Volksempfinden". PolizistInnen und BürgerInnen, Hand in Hand und in Pogromstimmung. Die Wirkung ist schon ganz praktisch geworden. Während Schwarze im Steintor brutal zusammengeschlagen wurden (taz 27.4.), standen Deutsche dabei und applaudierten. Ist es das, was sie wollte, die Polizeigewerkschaft? Mitverantwortlich ist sie sowieso, wenn Menschen aufgrund ihres Äußeren wieder Freiwild sind in Bremen.

Daß Hans Schulz entgegen der vordergründig von der Polizeigewerkschaft beschworenen "Rechtsstaatlichkeit" nichts weiter als deren reaktionär-autoritärer Dreschflegel ist, wird auch durch seinen Umgang mit innergewerkschaftlicher Kritik offenkundig. Mehrere DGB-Mitglieder hatten in einem Schreiben die Distanzierung des DGB von der Polizeikundgebung beantragt. Darüberhinaus solle vom DGB ein Diskussionsforum mit mißhandelten Flüchtlingen, diese unterstützenden Gruppen und der Polizeigewerkschaft organisiert werden. Die Diskussion dieses Briefs stand Ende April auf der Tagesordnung der Kreisdelegiertensitzung des DGB. Entgegen der Gepflogenheiten war kein(e) VertreterIn der Polizeigewerkschaft anwesend. Deshalb wurde Hans Schulz aufgefordert, schriftlich bis zur darauffolgenden Sitzung (Ende Mai) Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme blieb Schulz schuldig und die Polizeigewerkschaft fehlte erneut bei der Kreisdelegiertensitzung. Damit erledigte sich auch gleich die Diskussion des Antrags - auf diese Art und Weise hat sich der DGB Kreisvorstand ebenfalls bis heute um eine Stellungnahme gedrückt. Auch hier ist vollkommen klar: Die Unverfrorenheit, mit der Schulz agieren kann, und die Bereitwilligkeit des Kreisvorstandes sich rauszuhalten und auszusitzen, sind erst möglich unter den Bedingungen des Bremer Konsens', aber ebenso dessen typischer Bestandteil.

Die polizeiliche Kungebung war allerdings mehr als nur ein nach außen gerichteter Angriff, sie war auch eine Drohgebärde nach innen. Ein deutliches Signal an alle BeamtenInnen, welche von dem Vorgehen ihrer Kollegen wissen und damit nicht einverstanden sind. Sie sollten mit aller Deutlichkeit zu verstehen bekommen, was ihnen blüht, wenn sie aus der Einheitsfront ausscheren. Dann paktieren sie mit der "Szene". Daß wir von BeamtenInnen erfahren haben, daß der Polizeiapparat nun nach dem Motto "Friss oder stirb" auf die knallharte Linie des Innensenators eingeschworen wird, paßt da als weiterer Mosaikstein ins nur allzu deutliche Bild.

Fazit und Perspektive

Zusammengefaßt haben die Reaktionen auf die Foltervorwürfe gegen Bremer Polizeibeamte freigelegt, in welchem Ausmaß Rassismus (inzwischen wieder) zum staatlichen Repertoire gehört. Er ist unverzichtbarer Bestandteil. Bremens Öffentlichkeit stellt dies längst nicht mehr in Frage.
Für die betroffenen Flüchtlinge und ImmigrantInnen bedeutet dies, daß der Staatsterror weitergehen wird. Jüngstes Beispiel ist der Fall eines Schwarzen, welcher sich Ende Mai ereignete. Bevor er in Handschellen und mit gefesselten Beinen eine Brechmittelinjektion in den Oberarm bekam, war er zunächst auf der Polizeiwache schikaniert worden. Elemantare Rechte (die Preisgabe der Namen der PolizeibeamtInnen und ein Telefonat mit seinem Anwalt) wurden ihm verweigert. Nachdem er gekotzt hatte, blieb er frierend sich selbst überlassen und wurde schließlich, obwohl er in völlig hilflosem Zustand war, von der Polizei ausgesetzt. Die Folgen dieser Injektion waren: Eine Woche Krankenhausaufenthalt, eine zweitägige Unfähigkeit etwas zu essen oder zu trinken, Atembeschwerden, Infusionen und die Einnahme von Schmerzmitteln.

Doch bei dem jetzt schon erreichten Niveau des rassistischen Ausnahmezustandes wird es nicht bleiben. Mit dem neuen Asylverfahrensgesetz und den damit gekoppelten Internierungslagern ist schon die nächste Eskalationsstufe eingeleitet.

Anti-Rassismus-Büro
Sielwall 38
2800 Bremen 1



Die EG-MigrantInnen-Verwertungspolitik

Ein Redebeitrag von der Sammellagerveranstaltung am 2.6. in Köln

Lange vor der offiziellen Vereinigung im EG-Binnenmarkt haben die EG und EFTA Länder die'Harmonisierung' ihrer Flüchtlingspolitik in Angriff genommen. Zwar übernahm die BRD dabei die Rolle des Antreibers, ihre MigrantInnen-Politik kann jedoch nicht isoliert vom Vorgehen der überigen westeuropäischen Staaten betrachtet werden. Und diese Politik zeigt schon jetzt Erfolg. In der Tat haben Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingen in allen EG-Staaten zugenommen.

Ziel der EG-MigrantInnen-Politik ist es jedoch nicht, Westeuropa völlig abzuschotten, sondern eine regulierte und kontrollierte Verwertung der in den 'goldenen' Westen flüchtenden Menschen. Nicht Migration an sich soll verhindert werden, sondern die unknotrollierten Wanderungsströme. Angestrebt wird eine koordinierte Flüchtlings- und Einwanderungspolitik,die im wesentlichen auf Selektion und Kontrolle der Zuwanderer abzielt. Eine solche Politik wird sich zwischen Abschottung und Abschiebung der 'Nichtverwertbaren'einerseits und der regulierten Einwanderung und Anwerbung von billigen Arbeitskräften andererseits bewegen.

Die Gründe für den zunehmenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften sind die'Vergreisung der Gesellschaft' und die 'Verkrustung des westeuropäischen Arbeitsmarktes'. Die Vergreisung wird im wesentlichen auf den gesamteuropäischen Rückgang der Geburtenzahlen zurückgeführt. Laut Angaben sind selbst ehemalige Arbeits-emigrantInnen-Länder wie Spanien und Portugal auf die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen.
Zumanderen beklagen die Unternehmer aller westeuropäischen Staaten den zunehmenden Mangel an Flexibilität der Arbeitskräfte in ihren eigenen Ländern. Inländische ArbeiterInnen sind an zu hohe tarifliche Standards gewöhnt und im übrigen lieber arbeitslos als bereit für einen Arbeitsplatz ihre gewohnte Umgebung zu verlassen. Ihre "Arbeitsplatzwünsche fallen hinsichtlich Ort und Arbeitszeit mit dem Angeboten auseinander".(Dt.Bank 1989)
Außerdem ist ein Teil der einheimischen Arbeitslosen für die Unternehmer nicht verwertbar, da sie 'zu alt', 'falsch qualifiziert', 'zu teuer' oder 'nicht leistungsfähig genug' sind. In einigen Branchen ist der Mangel an Arbeitskräften bereits spürbar. So suchen das Hotel- und Gaststättengewerbe, Bau, Chemie und Handwerk und der Dienstleistungssektor schon jetzt nach billigen ArbeiterInnen im Ausland; besonders eklatant ist der Bedarf an Pflegepersonal.

Und so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn der Chef der Dt. Industrie und Handelskammer, Hans Peter Stihl, sich besorgt

über den zunehmenden Fremdenhaß äußert: "Abgesehen von der moralischen Abwertung durch das Ausland können damit wirtschaftliche Folgen verbunden sein".(taz 25.10.91) Auch Demographen und Ökonomen aus der BRD, Frankreich und Großbritanien problematisieren den dringenden Bedarf westeuropäischer Länder an ImmigrantInnen in den nächsten Jahrzehnten. So hat das französische, staatliche Statistikamt INSEE z.B. errechnet, daß die französische Wirtschaft nur aufrecht erhalten werden kann, wenn "zwischen den Jahren 2000 und 2009 mindestens 150.000 Einwanderer ins Land geholt werden".(taz 31.3.92) Und das Institut der dt. Wirtschaft in Köln äußerte am 30.1.92, daß "nur mit einer jährlichen Zuwanderung von 300.000 Menschen für die nächsten 25 Jahre das derzeitige Arbeitskräfte-Niveau bis zum Jahre 2007 zu halten ist. Über die Aufnahme von 7,5 Millionen Zuwanderern ist also zu reden und zu beschließen, soll die heute gewohnte Leistungsfähigkeit der dt. Volkswirtschaft aufrechterhalten bleiben". (taz 14.4.92) Die Anwerbung Qualifizierter und unqualifizierter ArbeiterInnen - je nach Bedarf - ist denn auch schon gelaufen. In Minsk (ehemalige UDSSR) arbeitet seit geraumer Zeit das 'International Labour Bureau', welches seinen Tätigkeitsbereich u.a. folgendermaßen beschreibt: ... 1. die Auswahl und Einweisung von hochqualifizierten Spezialisten in den verschiedenen Technik- und Wissenschaftsgebieten für die Ausführung kurz- und langfristiger Arbeit; ... 4. die auswahl der unqualifizierten und zeitweiligen Arbeit, Saisonarbeit oder nach dem Kontrakt mit einer Frist bis zum 1.Jahr; ... Die Hauptbedingungen für die Arbeitgeber im Ausland ist die Billigkeit unserer Arbeitskräfte bei einer relativ hohen Qualität der auszuführenden Arbeit. ... Das Einkommen ... wird zwischen unserem Büro und dem Auslandspartner laut gegenseitiger Vereinbarung eingeteilt. ... (entnommen: Neuordnung in Europa; Schwarze Katze Hamburg, EG-Gruppe)

Und die Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung scheint bereits zu funktionieren. So ist der taz vom 8.1.92 zu entnehmen, daß gemäß einer Vereinbarung von Bundesminister Blüm mit seinem russischen Amtskollegen Schochin, bis zu 11.000 russische ArbeitnehmerInnen künftig in jedem Jahr mit Werkvertrag in Deutschland arbeiten können. Darüberhinaus ist ein Aufblühen illegaler Anwerbebüros zu befürchten, die ausländische Arbeitskräfte zu Dumpingpreisen anbieten. So mußte z.B. die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg im letzten Jahr die Vermittlung albanischer Arbeitskräfte an deutsche Unternehmer für rechtswidrig erklären: angeboten wurden Metall-Facharbeiter für 100 DM pro Monat.

Angepriesen hatte die Firma ihre Arbeitskräfte in einem Schreiben an 900 Unternehmen als "sozial verträglich, fleißig, sauber, hochbelastbar und ohne hohe Ansprüche an das Einsatzfeld".

Daß dieser Trend keine bundesdeutsche Besonderheit ist, sondern geplante EG-Politik, zeigt sich in den Formulierungen des 'Schlußkommuniqués der Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa'. Auf dieser Konferenz, die am 30/31.10.91 in Berlin stattfand, trafen sich die Innenminister aus 27 Ländern der EG, EFTA und des ehemaligen Ostblock. In dem Schlußkommuniqué heißt es u.a. "... alle an der Wiener Ministerkonferenz über Wanderungsfragen vom 24./25.1.91 beteiligten Staaten sind aufgefordert, zur mittel- und langfristigen Beseitigung der Ursachen der Wanderungsbewegungen die in der Abschlußerklärung enthaltenen Empfehlungen umzusetzen, insbesondere folgende Vorschläge: ... - die möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zu fördern, um grenzüberschreitende Arbeitnehmertätigkeit zu ermöglichen; -Vereinbarungen zwischen interessierten Teilnehmerstaaten, die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für eine bestimmte Dauer vorsehen, wie z.B. Arbeit im rahmen von Verträgen zur Verwirklichung der wirtschaftlichen zusammenarbeit oder die Beschäftigung für kurze Dauer ...; ... - ein Informationssystem zu schaffen und Informationen über die Lage des Arbeits- und Wohnungsmarktes in den betreffenden Ländern auszutauschen, ...".

Letzterer Punkt entspricht insbesondere den Vorstellungen der EG-Kommission, in Straßburg eine 'Beobachtungsstelle' einzurichten, um eine 'flexible und transparente gesamteuropäische Einwanderungspolitik' möglich zu machen. Ziel dieser Einrichtung ist eine 'kontrollierte Öffnung' des westeuropäischen Arbeitsmarktes, bzw. eine kontingentierte Zuwanderung nach qualitativer und quantitativer Auswahl. Anvisiert ist eine Zwangsverteilung der ImmigrantInnen je nach Bedarf - sprich Wohn- und Arbeitsmarktlage in den jeweiligen EG-Ländern, die der Beobachtungsstelle mitgeteilt werden soll. Und zur besseren Verwertbarheit werden die Einwanderer dann nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Qualifikation, politischer Gesinnung, etc. in einem zentralen Informationssystem erfaßt. Für eine solchermaßen 'koordinierte Politik' sind allerdings 'Regulierungs- und Kontrollinstrumente' erforderlich. Und so wurden im Laufe der letzten Jahre Mechanismen geschaffen, um den 'Wanderungsdruck im Vorfeld' so weit wie möglich abzuschwächen.
Als Präventivmaßnahmen, die im Rahmen von

Entwicklungshilfe laufen, unterstützen die EG sowie einzelne Regierungen bilateral 'Pufferzonen' wie im Maghreb mit finanziellen Mitteln, - teilweise gezielt, um z. B. die MigrantInnen aus Afrika in den Auffanglagern vor den 'Toren der Festung' zum Bleiben zu motivieren. So zahlte die BRD allein 1989 141 Millionen DM für derartige Maßnahmen zur "Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur zur Versorgung".(Flüchtlingskonzeption der BRD, 25.9.90)

Ein anderes beliebtes, und mittlerweile viel diskutiertes Mittel zur Eindämmung der Zuwandererströme ist der Export bevölkerungspolitischer Programme in die 'Dritte' Welt. Neben diesen Präventivmaßnahmen haben die westeuropäischen Staaten eine ganze Reihe Instrumente zur Selektion und Kontrolle unerwünschter Zuwanderer innerhalb ihres eigenen Territoriums entwikkelt. Diese Maßnahmen sind in Abkommen wie Schengen,TREVI, sowie zahlreicher Koordinierungsabkommen der Staaten untereinander festgeschrieben.

So gilt seit Unterzeichnung der 'Konvention von Dublin' im Juni 1990 innerhalb von 11 EG-Staaten das 'one-chance-only-Prinzip', welches besagt, daß Flüchtlinge nur noch in einem Land (ihrem ersten Einreiseland) einen Asylantrag stellen können. Wird dieser Antrag abgelehnt, gilt diese Ablehnung automatisch auch für die anderen Vertragsstaaten, und eine Weiterreise innerhalb der EG ist ausgeschlossen. Ferner wurde eine Liste von 112 Drittstaaten erstellt, für die generell Visumszwang besteht - ohne Visum keine Einreise in die EG. Darüber hinaus ist geplant, eine Liste von 'Nichtverfolgerstaaten' zu erstellen, wonach Menschen aus den in der Liste genanten Ländern ohne Einzelfallprüfung pauschal jedes Recht auf Asyl verweigert wird. Nach dem gleichen Prizip funktioniert das 'Schengener Abkommen', das von 9 EG-Staaten unterzeichnet wurde und das darüber hinaus noch Sanktionen gegen Trans-portunternehmen vorsieht, die 'Dritt-Ausländer' ohne gültige Einreisepapiere befördern.

Zur Unterstützung dieser Maßnahmen wurde die Erstellung eines gemeinsamen Informationssystems (SIS) zur Sach- und Personenfahndung, zur Kontrolle im Inland und an den Außengrenzen, sowie zur Visavergabe vereinbart. In diesm Informationspool werden persönliche Daten über AsylantragstellerInnen sowie deren Verwandte gesammelt (z.B. Spitznamen, Pseudonyme, Fingerabdrükke, Fotos, Wohnsitze und Reiserouten) und untereinander ausgetauscht. Diese Daten werden zur Verhinderung der Wiedereinreise nach Ablehnung und Ausweisung von Flüchtlingen noch 3 Jahre lang gespeichert. Um die reibungslose Abschiebung zu gewährleisten, ist ferner die polizeiliche Zusammenarbeit über das TREVI-Abkommen abgesichert.

Zur besseren Umsetzung ihrer Beschlüsse suchen die westeuropäischen Staaten außerdem die Zusammenarbeit mit ihren Grenzstaaten. So wurden im letzten Jahr Kontakte zu den mittel- und osteuropäischenStaaten aufgenommen und einzelne Abkommen abgeschlossen. Als erster osteuropäischer Staat hat Polen im März 91 eine Vereinbarung mit den Mitgliedsstaaten der EG unterzeichnet, in der die Regierung Polens sich verpflichtet, alljene Personen wieder aufzunehmen, die über Polen illegal in das Territorium eines der Schengener Staaten eingereist sind, und diese gegebenenfalls selbst wieder in deren Heimatländer abzuschieben. Im Gegenzug für diese Rausschmeißerrolle wurde polnischen StaatsbürgerInnen von den EG-Staaten Visumsfreiheit zugesichert.

Um die Pufferzone Westeuropas gegen Flüchtlinge aus dem Osten weiter zu effektivieren, schlossen die EG- und EFTA-Staaten dann am 30./31.10.91 in Berlin folgende Vereinbarungen mit 10 weiteren osteuropäischen Staaten:

" ... angesichts der Zunahme der Wanderungsströme aus den und über die Staaten Mittel- und Osteuropas in die westeuropäischen Staaten; ...in dem Bewußtsein, daß unkontrollierte Wanderungsbewegungen in den gegenwärtigen Größenordnungen für die stabilität aller Länder und für die harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Völkern eine Belastung darstellen; in Hinblick darauf,daß die Ziel- und Transitländer erhebliche Mittel zur Bewältigung des Zustromes aufwenden müssen, ... gemäß dem Grundsatz der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit ... die gemeinsame Verantwortung aller teilnehmenden Staaten und ihre Solidarität mit den Erstaufnahmeländern, insbesondere bei Massenbewegungen, ... den illegalen Wanderungsbewegungen mit Entschiedenheit und geeigneten Mitteln entgegenzutreten, und die Anwendung sowohl kurzfristig als auch mittel- und langfristig wirkender Strategien und unterschiedlicher Instrumente für erforderlich erachtet, (und) folgende Maßnahmen beschlossen:

Zur kurzfristigen Verhinderung oder Eindämmung der illegalen Einwanderung werden die teilnehmenden Staaten - ... gegen die unerlaubte Beschäftigung illegal eingereister Ausländer vorgehen, dazu jeweils Sachinformationen insbesondere über Schleusungswege und Methoden der Fälschung von Identitäts- und Reisepapieren und für die Übermittlung personenbezogener Daten die rechtlichen Voraussetzungen, insbesondere durch Abschluß von Regierungsabkommen, schaffen; - gründliche Kontrollen an

Straßen- und Eisenbahnübergängen sowie auf Flughäfen und in Seehäfen nach möglichst einheitlichem Standart durchführen,...; - die Übewachung der Grenzen außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke an erkannten oder vermuteten Schwachstellen soweit erforderlich intensivieren und dabei in enger Abstimmung bishin zu Absprachen über eine Schwerpunkverteilung des Grenzschutzpersonals auf der Basis gemeinsamer Analysen und aktueller lagebilder handeln; -... Personen zurücknehmen die aus dem eigenen Staat in eine anderen Staat illegal eingereist sind; - ... Rücknahme abkommen und Vereinbarungen über die zügige Durchbeförderung von ausreisepflichtigen Personen abschließen, ..; - dafür Sorge tragen,daß rückübernommene Personen unverzüglich und in jedem Fall in die Ausgangs- oder Heimatstaaten verbracht werden, .. ;- sich gegenseitig beim Ausbau der Infrastruktur der Grenzsicherungskräfte, .. unterstützen;.." (Zitat: Schlußkommunique der Ministerkonferenz)

Speziell das Militär ist bereits an den Kontrollen beteiligt. So kontrolliert z.B. der BGS Einreisende sowohl an deutschen grenzen als auch in afrikanischen Staaten. Eingesetzt wird das militär zur Grenzüberwachung und Abschiebung von Flüchtlingen bereits in Spanien, Italien, Österreich, Polen, CSFR, Ungarn, Norwegen und Finnland. Das Resultat dieser zunehmend restriktiver werdenden MigrantInnenpolitik läßt sich dann in den Zeitungsüberschriften wiederfinden:
- Neue schweizer Ausländerpolitik - Öffnung für EG- und EFTA-Bürger - London macht Schotten dicht - Abschiebungen,hohe Strafen für Fluggesellschaften und schnellere Verfahren - Österreich will Einwanderungsquoten einführen - Porzugal wirft illegale Einwanderer raus - Bedingungen des Schengener Abkommens - Dänemark will Defakto-Flüchtlinge loswerden - Einfallstor nach Spanien geschlossen - Frankreich: Die Asylpolitik wird im Rahmen europäischer Angleichung zunehmend restriktiver.

*** ***

Aktionstage in Düsseldorf: Flüchtlinge nicht vertreiben!

ID Asyl, Aktion Gemeinwesenarbeit u. Beratung und die Autonome Antifa Düsseldorf laden zu einem Vorbereitungstreffen für Aktionstage und Demonstration mit folgendem Flugblatt ein: „Am 25. und 26.6.1992 findet in Düsseldorf ein bundesweiter Erfahrungsaustausch der Leiter/innen der Ausländerbehörden statt. Ferner werden Vertreter/innen des Bundes- und der Länderinnenminster, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes sowie des Bundesverwaltungsamtes und der Regierungspräsidenten anwesend sein. Dieses Treffen ist für die Umsetzung der bereits beschlossenen bzw. geplanten ausländerfeindlichen Gesetzgebung besonders wichtig ... Ferner werden mit Sicherheit die Konsequenzen aus der für den Juni geplanten Verabschiedung des neuen Asylverfahrensgesetzes besprochen werden (Sammellager, erkennungsdienstliche Behandlung von Flüchtlingen, Inhaftierung, Schnellverfahren usw.)."

DEMO : Do 25.6.92
15.30 h
ab Burgplatz
Abschlußkundgebung
17.00 h Marktplatz

EINLADUNG ZU EINEM BRD/DDR WEITEN WUNSIEDEL VORBEREITUNGS - TREFFEN: AM Samstag, 27.6.92, 14 Uhr in 0 4020 Halle/S

im Infoladen, Kellnerstr.10a

Für eine internationalistische antifaschistische Großdemonstration am 15.August in/bei Wunsiedel

Ausgangslage I
Am 17.8.92 ist der 5.Todestag des Hitler Stellvertreters und Kriegsverbrecher Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Berlin Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Seit 1988 veranstalten Faschisten einen "Rudolf Heß Gedenkmarsch". Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes, vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum "Wallfahrtsort" geworden. Der faschistische "Gedenkmarsch" ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der Faschisten, von alter und neuer Rechte zu den militanten Faschisten und im europäischen Maßstab. Die faschistische Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit der verschiedenen Flügel der Faschisten. 1991 waren in Bayreuth (Wunsiedel war gerichtlich verboten) 2000 Faschisten versammelt, was damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD war. Dieses Jahr rechnen wir mit 2500-3000 Faschisten von der FAP, NF, DA, NA, Wiking Jugend, DA, NL, Fascho-Skins, DVU, Altnazis und Faschisten aus Skandinavien, England, Belgien, Spanien, Frankreich und dem ehemaligen Ostblock. Für eine Gegendemonstration waren 1991 2000 AntifaschistInnen mobilisiert worden. Den faschistischen Aufmarsch konnten wir nicht verhindern. Bei der Rückfahrt griffen Faschisten 4 Busse (die zusammen fuhren) von AntifaschistInnen an. Es gab Verletzte und Sachschaden an den Bussen (15000,-). Desweiteren gab es 1991 Probleme durch die kurzfristige Ummobilisierung von Wunsiedel nach Bayreuth (für ganz Wunsiedel galt ein 48 Std. allg. Versammlungsverbot). Für Samstag den 15.August haben die Faschisten eine Demonstration in Wunsiedel angemeldet. Wir gehen davon aus, daß, spätestens mit unserer Mobilisierung nach Wunsiedel, beide Demos verboten werden und wie letztes Jahr ein 48-72 Std. allg. Versammlungsverbot für Wunsiedel ausgesprochen und bei Wiedspruch gerichtlich bestätigt werden wird. Die Faschisten werden wieder nach Bayreuth ausweichen (liegt in der Nähe von Wunsiedel) und wir ebenfalls nach Bayreuth mobilisieren.
Wir finden eine realistische Einschätzung unserer Möglichkeiten für eine Wunsiedel/Bayreuth Mobilisierung wichtig. Wir gehen davon aus (auch und gerade mit den gemachten Erfahrungen der letzten Jahre), den faschistischen Aufmarsch nicht verhindern zu können.

Was wir wollen und können
Durch eine eigenständige Mobilisierung den Faschisten-Aufmarsch direkt in Wunsiedel verhindern und ihnen andernorts Plätze und Räume zu nehmen. Wir können durch dezentrale Aktionen ihre Vorbereitung und den Ablauf ihres "Gedenkmarsches" nachhaltig stören und wir können durch eine große internationalistische, antifaschistische Demonstration unsere Vielfalt und Inhalte auf die Straße tragen.
Wir finden es wichtiger denn je, dem faschistischen Aufmarsch in Wunsiedel politisch und wo möglich materiell etwas entgegenzusetzen.

Ausgangslage II
Die Saat, die durch die Propaganda auch der bürgerlichen Parteien und deren Sondergesetze zu Flüchtlingen und MigrantInnen, Änderung des Grundgesetzes, Europa 92 des Kapitals, neue Weltordnung...... gesät wurde, geht auf. Der Terror faschistischer Schlägertrupps wird täglich brutaler und menschenverachtender. Gewalt gegen Frauen, Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen und gegen alle, die sich nicht dem nationalistischen Konsens unterordnen, werden immer gezielter geplant und durchgeführt. Schwerverletzte und Tote sind nicht mehr die Ausnahme bei faschistischen Überfällen, sondern stehen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig steigt in großen Teilen der Gesellschaft die Akzeptanz und Ignoranz gegenüber diesen "praktischen Auswirkungen" des geschürten Nationalismus und Rassismus.

Internationalistische und antifaschistische Großdemonstration
Wir wollen mit der Mobilisierung zur Demonstration und auf der Demo folgendes thematisieren:
- Welche Faschisten fahren nach Wunsiedel und für was sind sie verantwortlich (u.a.faschistischer Terror bis zu Mord)
- Gedenken der Opfer des faschistischen Terrors
- Die zunehmende Zusammenarbeit der ehemals zerstrittenen faschistischen Fraktionen auch europaweit
- In welcher gesellschaftlichen Situation findet dieses statt: U.a. Staatlicher Rassismus - zunehmender Nationalismus und Rassismus in der Gesellschaft
- Welchen Widerstand gibt es gegen den faschistischen Terror und die europaweite Entwicklung nach rechts: U.a. Frauenkämpfe, antifaschistische Selbsthilfe, Flüchtlingskämpfe und Ansätze einer europaweiten Zusammenarbeit.

Organisatorisches
Die Demonstration wird es nur geben, wenn sich im Vorfelde viele Gruppen verbindlich an der Vorbereitung beteiligen. Die AntifaschistInnen aus Bayern können und wollen die Demonstration nicht alleine organisieren. Da die Vorbereitungszeit realativ kurz ist, stellen wir uns regionale Zusammenschlüße vor, die neben der Mobilisierung in ihrer Region Teilaufgaben für die bundesweite Struktur mit übernehmen (in Norddeutschland wird es schon versucht). Ein Beispiel: Region Nord koordiniert sich, und neben der Mobilisierung in der eigenen Stadt gibt es in Nordd. eine Nord-Anlaufstelle, über die bundesweit die Plakate verschickt und alle Vorbereitungstreffen und inhaltliche Veranstaltungen in Nordd. vorbereitet und durchgeführt werden, außerdem übernimmt Nord den Lautsprecherschutz. Dasselbe sollte es für Süd, West und Ost geben. So wäre es auch leichter, größere Konvois (zum Schutz) bei der An- und Abfaht zu organisieren (wie gesagt alles nur Beispiele).

Demo
Wir wollen eine BRD/ex DDR weite antirassistische und antifaschistische Demonstration mit einigen tausend TeilnehmerInnen. Wir wollen versuchen europaweit

AntifaschistInnen auf die Demo zu mobilisieren (zumindest da, wo schon Kontakte bestehen). Wir wollen eine Demonstration an der sich viele beteiligen können, die ein Ausdruck der breiten antifaschistischen Bewegung ist, auf der Flüchtlinge und MigrantInnen von ihrer Situation erzählen, auf der aus anderen Ländern AntifaschistInnen von ihrer Situation berichten, auf der nichts vergeben und vergessen wird (wir denken z.B. an das Erinnern eines jeden Opfers des faschistischen Terrors des letzten Jahres), auf der was über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Faschismus gesagt wird, auf der was über Sexismus und die zunehmende FrauenLesben Unterdrückung gesagt wird, auf der was über die zunehmende Akzeptanz breiter Bevölkerungsgruppen für Nationalismus und Rassismus gesagt wird und deren Ursachen und nicht zuletzt was über unsere Vorstellungen einer solidarischen Welt und des antifaschistischen Widerstandes. Die Inhalte sollten auch in der Mobilisierung eine große Rolle spielen. Die Demonstration sollte ein Ausdruck des Widerstandes gegen die zunehmende Rechtsentwicklung sein und schon im Vorfeld wollen wir die Diskussion mit allen Linken - nicht nur aus dem Teilbereich der Antifa. Besonders freuen würden wir uns über die Teilnahme von Flüchtlingen und MigrantInnengruppen und AntifaschistInnen aus anderen Ländern. Gut fänden wir, in regionalen Bündnissen die breite Mobilisierung zu beginnen. Wir finden eine massive Öffentlichkeitsarbeit auch schon im Vorfeld wichtig, z.B. durch:
Flugis, Plakate, Broschüre zu Wunsiedel(Geschichte, Hintergründe), Veranstaltungen, Pressearbeit, Konzerte usw. Die faschistischen Organisationen und Personen die nach Wunsiedel kommen und auch regional eine Rolle spielen, könnten auch regional zur Mobilisierung thematisiert werden (was z.B. für Hamburg heißen könnte, die auch für die faschistische Planung für Wunsiedel wichtigen Faschisten J. Rieger (NF und berüchtigter Faschistenanwalt) und C. Worch (NL und Mitorganisator von Wunsiedel), politisch und materiell anzugreifen. Daß die Demo geschlossen laufen soll, ohne Abgriffe von der Polizei, ist klar, und über gesicherte An- und Abfahrten müßten wir auch noch reden.

Behindern, Verhindern, Angreifen
Wir finden es richtig und wichtig, faschistische Demos wo möglich zu verhindern. Für Wunsiedel halten wir eine Doppelstrategie für realistisch. Einerseits (wie oben beschrieben) durch eine starke Bündnisdemo ihnen politisch zu begenen und wo möglich den Faschisten "Räume und Plätze" zu nehmen, andererseits gezielt in ihren Vorbereitungen und dem Ablauf ihrer Demo einzugreifen. Beides wollen wir als Einheit vor, auf und nach der Demo politisch vermitteln. Konkret stellen wir uns vor, daß sich erfahrene Gruppen oder Gruppen die einen regionalen Ansatz sehen sich überlegen wo es Ansatzpunkte für eine mögliche Störung der faschistischen Infrastruktur gibt. Einige Ansatzpunkte sind für uns: Welche Personen sind für die Planung und Durchführung von Wunsiedel wichtig, woher kommt die Infrastruktur für die Demo (Lautsprecherwagen, Worch fährt Auto mit Autotelefon), wo werden die Flugis gedruckt, wie fahren die Faschos zur Demo (Sammelpunkte, Busse, Fahrrouten), wie und womit koordinieren sich

die Faschos untereinander. Zusätzlich finden wir es gut zu überlegen, wo es innerhalb der Faschodemo selber Ansatzpunkte gibt. Desweiteren schlagen wir eine Anlaufstelle (Telefon ?) vor, an die die Infos über "Störaktionen" vermittelt werden, um die Infos als gemeinsamen Ausdruck des antifaschistischen Widerstandes breit vermitteln zu können (z.B. auch schon auf der Demo oder bei einer Pressekonferenz nach der Demo).





Diskutiert von 20 autonomen und antifaschistischen Gruppen aus der BRD/ex DDR im Mai 92

Am 27.6.92 findet ein großes Vorbereitungstreffen für alle statt. Erkundigt euch bei den örtlichen AntifaschistInnen oder in den Infoläden wo es ist bzw. über den Stand der Vorbereitung.

Rostock: Antifaschistischer Widerstand

Seit dem 11.5. flatterten in besonders deutsche Haushaltungen Einladungen zu einer Gründungsveranstaltung eines Landesverbandes der DVU (siehe INTERIM Nr.197). Da die Faschisten verstärkt versuchen, sich in Rostock und Umgebung zu organisieren, wurde die Veranstaltung im Hanse-Club (Doberaner Str.21) angegriffen und versucht diese zu verhindern. Gegen alle Absprachen mit der SAG-Antifa riefen diese mit anderen Organisationen (DGB, Jusos, Fraktion Bündnis 90) zu einer Demo auf. Damit wurde ein gemeinsames Handeln kurzfristig bewußt unterlaufen.
Die Bullen waren schon mit 2 Hundertschaften BGS (M/V, Niedersachsen), LSK aus Schwerin(!) und 2 Wasserwerfern vertreten, als wir gegen 11.30 Uhr auftauchten. Beruhigend war, daß schon zu diesem Zeitpunkt der Großteil der Demonstranten vermummt war. Die meisten hatten schon Erfahrungen mit dem massiven Filmbedürfnis der Bullen in Rostock. Wir begreifen die Vermummung als Selbstschutz unserer Meinungsfreiheit vor filmenden Bullen und Faschisten. Zweihundert AntifaschistInnen sperrten den Eingang zum Hanseklub, paralell dazu wurden ankommende Faschisten in der Umgebung angegriffen. Inzwischen kam die angemeldete "Demo" dazu und forderte frech alle nicht zur Gewerkschaftsdemo gehörenden auf, den Platz zu verlassen. Um noch einen draufzusetzen, traten sie in Verhandlung mit den Bullen. Kompromiß sollte eine Schneise sein, durch die DVU-Gäste reingelassen werden sollten. Dies wurde größtenteils abgelehnt. Daraufhin wurde der Eingang um 12.00 Uhr abgeräumt. Gleichzeitig formierte sich eine Bullensperrkette und provozierte, indem sie die Wasserwerfer auffahren ließen. Gewerkschafter hatten dann angeblich mit dem Einsatzleiter, übrigens ein Brokdorf-Bulle namens Deckert, die Vereinbarung getroffen, daß die Bullen nicht eingreifen, wenn sie nicht provoziert werden. Nach und nach wurde angesichts der Bullenübermacht versucht durch Hinsetzen eine Deeskalation zu erreichen. Sie stellten ein Ultimatum zur Räumung des Platzes. Fünfzehn Minuten vor Ablauf desselben griffen die Bullen mit Schlagstöcken an. Prügelnde Greiftrupps trieben die AntifaschistInnen vom Platz. LSK-Bullen (vermummt) verfolgten Demonstranten durch Straßen, Häuser, Gärten und über Dächer(!) im Innenstadtbereich. Es gab 22 Festnahmen und mehrere Verletzte. Noch während die Abgegriffenen in den Wannen saßen,wurden Faschisten unter Polizeischutz zum Versammlungsort geleitet. Gegen 12.45 Uhr traf Frey auf dem pünktlich geräumten Platz ein.
Im Verlauf der ganzen Aktion wurden auftauchende Faschisten erfolgreich vertrieben.
Die Gefangenen wurden im Knast nach Frauen und Männern getrennt in zwei Räume aufgeteilt. Sie wurden einzeln rausgebracht, durchsucht und fotografiert. Ein Gefangener wurde mit 18 Glatzen zusammengeschlossen, die von den Bullen am Hauptbahnhof abgefangen wurden, nachdem sie bei der Anreise aus Neubrandenburg im Zug randalierten. Der eingerichtete EA hat den ganzen Tag über hervorragend funktioniert, obwohl die Bullen zuerst ihre

Telefonnummer und später eine Ausweichnummer sperrten. Gegen 16.00 Uhr wurde den Gefangenen, den Leuten vor dem Knast und dem EA mitgeteilt, daß die Freilassung in 15-30 min erfolgen würde. Dasselbe erzählten die Bullen bis zum frühen Abend immer wieder. Um 20.00 Uhr wurde dann entlassen.
Zwar hatte die DVU-Veranstaltung stattgefunden, jedoch konnte der massive Einsatz von Polizeikräften wirkungsvolle Aktionen nicht verhindern. Eher wurde der Zusammenhalt unter uns und die Entschlossenheit durch die Repression gefestigt. Wir werden die Diskriminierung durch die Presse und das Stillschweigen der Parteien nicht hinnehmen.

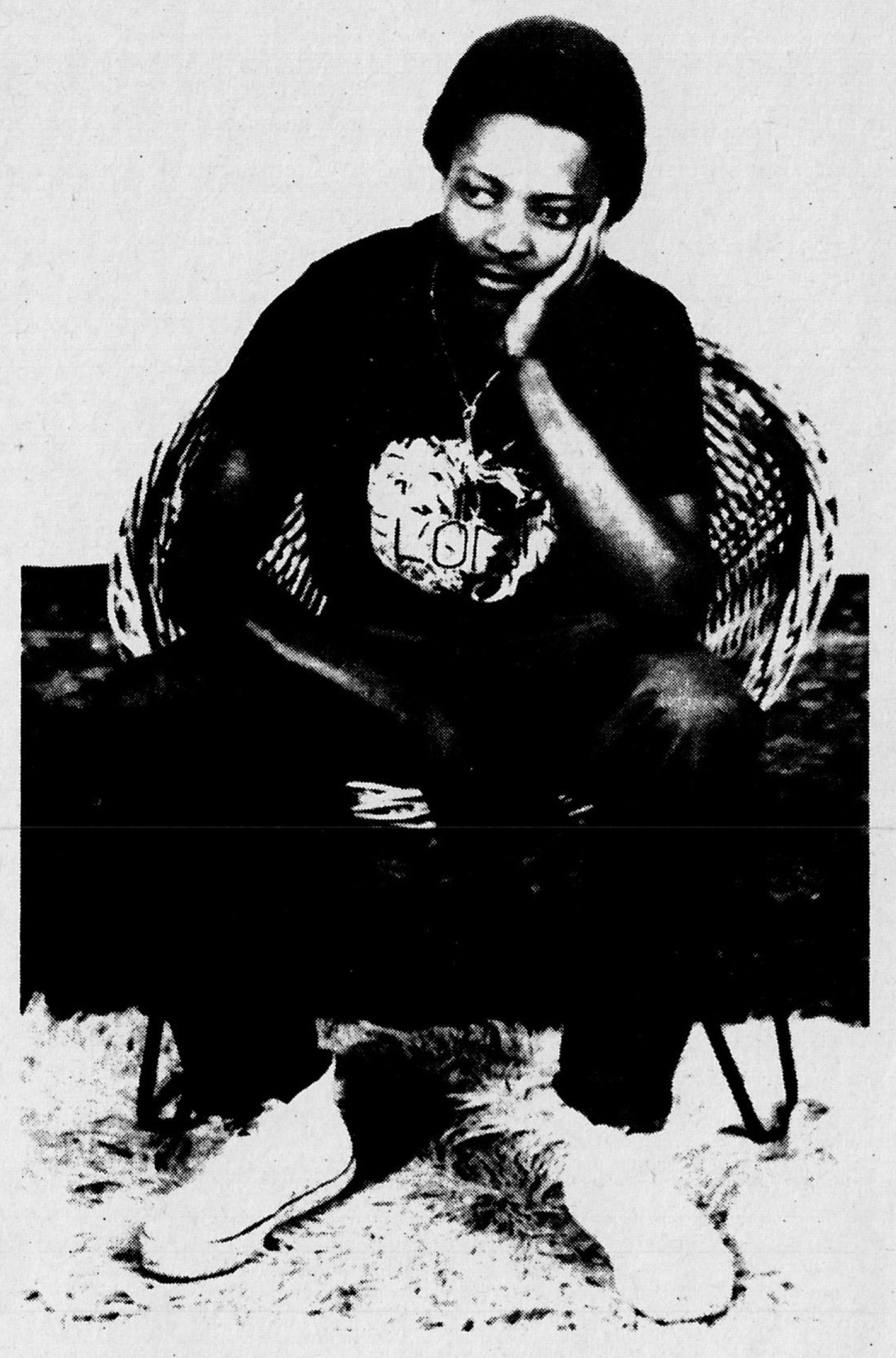
Kein Vergeben, kein Vergessen!

Rostock, den 16.6.92

PROZEßBEGINN WEGEN DES MORDES

AN AMADEU ANTONIO AM 1. JULI

Die Antirassistische Initiative wird den Prozeß beobachten und vermutlich die Nebenklage vertreten.
Wir fordern, daß in dem Strafprozeß:
* der rechtsextreme Organisationszusammenhang und das rassistische Motiv des Überfalls nicht ausgeblendet werden.
* das Verhalten der Polizei, die in der Mordnacht anwesend war, jedoch nicht einschritt, rückhaltlos aufgeklärt wird und die Beteiligten gegebenfalls zur Verantwortung gezogen werden.



Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der beigefügten Dokumentation. Außerdem stehen wir Ihnen für Nachfragen unter folgenden Telefonnummern gerne zur Verfügung:

* bis zum Prozeßbeginn am 1.Juli: Roland Reimann (Rechtsanwalt, voraussichtlicher Vertreter der Nebenklage), Tel.: 449 35 38
* nach Prozeßbeginn: Peter Finger, Tel.: 852 08 15

Der Prozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio beginnt am Mittwoch, 1. Juli vor dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder. Angeklagt sind fünf Heranwachsende und ein Jugendlicher aus Eberswalde und Schwedt wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 Amadeu Antonio und einige seiner Arbeitskollegen vor einer Diskothek in der 60 km nördlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Eberswalde-Finow überfallen, getreten und geprügelt zu haben. Amadeu Antonio wurde dabei derart verletzt, daß er am 6. Dezember 1990 an den Folgen des rassistischen Überfalls im Krankenhaus starb, ohne das Bewußtsein je wiedererlangt zu haben.
Der Prozeß ist vorerst für acht Verhandlungstage mit fast 60 geladenen Zeug/inn/en angesetzt. Er beginnt am Mittwoch, 1. Juli, um 13 Uhr vor dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder, Bachgasse 10a, Zimmer 216. Weitere Prozeßtage sind für den 6., 7., 9., 13., 15., 16. und 20. Juli jeweils um 8.30 Uhr angesetzt. Vermutlich wird der Prozeß ab dem zweiten Tag in Eberswalde fortgesetzt, dies wird jedoch erst am ersten Prozeßtag bekannt.



Antirassistische Initiative e.V.
c/o Fabrik Osloer Straße
Osloer Str. 12
W - 1000 Berlin 65
Tel.: 030/861 94 22

UNTERSTÜTZER/INNEN-TREFFEN

am Donnerstag, 25.Juni, um 20 Uhr in der Yorckstr. 59, HH, 2.Stock:
Infos, Vorbereitung, Organisation von Fahrgelegenheiten usw. !!!

SOLIFETE

mit dem Black Liberation Sound System und mit Zwischenbericht vom Prozeß am Samstag, 11. Juli, im SO 36, Oranienstr. 190, 1/36 !!!

KOMMT MASSENHAFT !!!

Volxsport

MILITARY - FOLTERSPORT - ZUR BLOCKADEAKTION IN LUHMÜHLEN

Am 23-5-92 haben wir, AktivistINNen des Aktionsbündnisses "Fury's Rache" während des Military-Wettbewerbs in Luhmühlen das Hindernis "Euroteich" blockiert. Während wir unsere Transparente entrollten, stürmte eine Truppe organisierter Schläger auf uns zu. Unseren Erkenntnissen nach handelte es sich sowohl um Zivilbeamte und vom Veranstalter angeheuerte "Ordnungskräfte" als auch um abenteuerlustige Aktivbürger. Unter lautem Gejohle der lynchfreudigen ZuschauerINNENmasse schlugen und traten sie sofort auf uns ein.
Unter uns gab es zahlreiche Verletzte : eine, bereits am Boden liegende Frau wurde gegen die Schläfe getreten, einem Mann in den Magen, ein weiterer mußte mit schweren Prellungen ins Krankenhaus gebracht werden.
Als wir feststellten, daß es unmöglich war, diesem Ausbruch an Gewalt standzuhalten, ergriffen wir die Flucht.
Selbst zu diesem Zeitpunkt wurden wir noch von Schlägern angegriffen.

Etwa eine halbe Stunde später kam es in der Umgebung des Turniergeländes zu willkürlichen Festnahmen (acht Festnahmen mit ED-Behandlung, zahlreiche Personalienfeststellungen).
Die Betroffenen werden durch den Tatvorwurf der Nötigung, Hausfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz kriminalisiert. Obwohl genügend Film- und Photomaterial vorhanden wäre, um die Schläger zu identifizieren, bleiben diese natürlich von polizeilichen Ermittlungen unbehelligt.

Diese Protestaktion ist wenigen JournalistINNen unseres Vertrauens im Vorfeld bekannt gewesen. Unter der Bedingung der Verschwiegenheit gab einer von ihnen die Information an einen Redakteur der Magazinsendung "DAS !" des NDR weiter.

Der Name des Redakteurs lautet Thomas Kühn.

Dieser fühlte sich als treuer Staatsbürger berufen, die Protestaktion sowohl an die Veranstalter des Military-Wettbewerbs als auch an die Polizei zu verraten. Wie uns im Nachhinein bekannt wurde, leistet der Denunziant Kühn gerne Bütteldienste für Polizei, Staatsschutz etc.

Wie beinahe bei jedem Military-Rennen ist auch in Luhmühlen ein Pferd zu Tode gequält worden (kurz vorher sind schon in Badminton/Großbritannien drei Pferde umgebracht worden).
Unser Widerstand richtet sich nicht nur gegen Professionelle "Pferdesportarten", in deren Rahmen Tiere geprügelt, gehetzt, verstümmelt, ermordet werden, um auf ihren Rücken Profit- und Prestigeinteressen zu verwirklichen, sondern auch gegen jegliche Haltung und Gebrauch aller Tiere als Freizeitgeräte, FleischlieferantINNen, Streichelobjekte usw.

Um diese Tierschinderei konsequent zu unterbinden, gab es für uns keine andere Möglichkeit, als uns zwischen die ReiterINNEN und das Hindernis zu stellen.

Wir werden auch weiterhin aktiv gegen jede Form von Tierunterdrückung und Tiermord eintreten !

Unterschrieben : AktivistINNEN des Aktionsbündnisses "Fury's Rache"

Uns ist bei eurer Erklärung nicht ganz klar geworden, wieso die BesucherInnen der ILa die Verantwortung für die Militärtechnologie tragen.



VOLXSPORT

Berlin ist wieder wer: Vom 15 -21. Juni findet in Berlin- Schönefeld die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung statt.

Die Messe legt den Grundstein für den geplanten Ausbau Berlins zu Europas größtem Luftkreuz. Sie ist Präsentation entmenschlichter Hochtechnologie, Zurschaustellung des Höher-Schneller-Weiter- Wahns, nicht zuletzt Anpreisung menscherverachtender Militärmaschinerie.
Blitzkrieg zum Anfassen.

Für Berlin stellen Messen und Kongresse, gerade im High-tech-Bereich, das Tor zum Anschluß an die Weltmetropolen dar. Kräftig umwirbt Senat und AMK (Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH) die Konzerne, damit sie in der neuen Reichshauptstadt ausstellen.

Veranstaltungen dieser Art passen sich nahtlos ein in die Reihe der Prestigeprojekte wie Potsdamer Platz, Spreegürtel, Olympia etc. Berlin soll als Wirtschaftknotenpunkt zur Dienstleistungszentrale ausgebaut werden. Die Folgen der Durchsetzung dieses Ziels kennen und spüren wir alle. Mietexplosion und Obdachlosigkeit, Verkehrchaos und Stadtringplanung, Massenarbeitslosigkeit und Vertreibung von Kleingewerbe.

Der Aufwand für die ILA ist riesig. Das Gebiet um Schönefeld gleicht seit Wochen einem Heerlager verschiedenster Sicherheitskräfte: Bullen, Wachschutz, BGS, SEKs, Flughafenbullen und Militärpatroullien. Denn alles soll reibungslos über die Bühne gehen, die Wirtschaftsbosse sollen nicht gestört werden, wenn sie ihre neuen Privatjets kaufen, die Waffenhändler aller Nationen sollen in Ruhe ihre nächsten Kriege vorbereiten können, die Konzerne sollen ihre Gewinne in angenehm produktiver Atmosphäre einfahren.

Der tägliche Sonderzug nach Schönefeld ist nur eine der besonderen Serviceleistungen. Um die Fahrt etwas netter zu gestalten und zu zeigen, daß nicht alles so reibungslos abläuft, wie sie es sich wünschen, haben wir die Mitfahrenden am 17.06.92 mit Buttersäure erfreut.

Keine Prestigeobjekte für die Reichen !

Gegen Rüstung und Waffenexport !

Gemeinsam die Umstrukturierung verhindern !

ZUM PLAKAT "NEUER RASSISTISCHER ANGRIFF"
(dokumentiert Interim 197/S.4)

Als ich den Text gelesen hatte, wurde mir erstmal speiübel, dann wurde ich echt zornig. Wie kann es sein, daß so ein finsterer Text in der Interim fast unkommentiert und nur mit einem etwas "verwirrten" Fragezeichen versehen erscheinen kann?

In diesem Machwerk, daß ich unmöglich irgendeiner Gruppe aus dem linken Spektrum zuordnen könnte werden in infamer Weise Unterdrükkungsverhältnisse gegeneinander ausgespielt, um reale Machtverhältnisse zu vertuschen und damit zu zementieren!

Mensch stelle sich bitte bildlich vor, wie *"drei junge türkische Mitbürger "* (Bürger ???) auf offener Straße von einer rassistischen deutschen Frau angegriffen werden! Und wie sich die Auseinandersetzung daran entwickelt, das die *"jungen Mitbürger"* die Frau *"nur angefasst"* haben! Und wie heroisch eine Selbstverteidigung mit einem Draht (?) durchgeführt wird ...

Wo bei dieser Begegnung - wenn sie (so) stattgefunden haben sollte - die Gewaltverhältnisse gelegen haben dürften, ist wohl offensichtlich! Das "anfassen" von fremden Frauen auf offener Straße Ist mit Sicherheit kein integraler (oder Schützenswerter) Bestandteil der im Flugi/Plakat erwähnten "kulturellen Identität"!!! Die aufgeführten Forderungen belegen dazu noch deutlich, woher der Wind bei diesem Plakat weht ...

Ich würde dieses Plakat als den Versuch streng-religiöser und traditionalistisch-konservativer Gruppen aus vermutlich dem türkisch-islamistischen Spektrum halten, sich an laufende Antirassismus-Kampagnen anzuhängen und so ihre reaktionären Inhalte unter dem Mantel eines fortschrittlichen "Antirassismus" zu verbreiten - so wie die "Neue Rechte" unsere antiimperialistischen Inhalte zu verdrehen gesucht hat. Für jeden von uns muß klar sein, daß sich unter dem schwammigen *"Antirassismus"*-Begriff (der ohnehin zweifelhaft ist - vgl. Geronimo II) keinesfalls pro-patriarchale und die auch unterdrückerischen Strukturen "traditionaler" Gesellschaftssysteme (die ach so beliebten Subsistenzwirtschaften z.B. ...) reproduzierende Positionen ansammeln dürfen!!! Wie eben z.B. die Forderung gegen "Demütigung der Männlichkeit" usw.

Also, weg mit dem Dreck - gegen Pauschalisierung und für genaues hinsehen im Einzelfall !!! - sonst machen wir es uns zu einfach - und dann fallen wir mal wieder (zurecht) auf die Fresse ...

für freies Fluten ! 17.6.92

Putsch in Peru

Fujimori kam 1989 vollkommen unverhofft an die Macht, er gewann die Stichwahl gegen den ehemaligen linken Schriftsteller Vargas Llosa eindeutig.
Fujimori der Peruaner mit japanischen Eltern, vereinigte die Mehrzahl der StadtbewohnerInnen auf sich in der Hoffnung, durch den sprichwörtlichen japanischen Arbeitseifer aus dem Elend zu kommen und vor allem die starke Korruption zu bekämpfen.
Diese Hoffnung wurde natürlich nicht erfüllt, davon zeugt auch die Cholera, eine Krankheit die wie kaum eine den Grad der Verelendung anzeigt.
Als Fujimori an die Macht kam, hatte er keinerlei Konzepte, er übernahm die neoliberalen Vorstellungen von Vargas Llosa. Die Situation der Masse der Bevölkerung wurde immer gravierender. Die Masse der Bevölkerung kann nicht einmal ihren Lebensunterhalt sichern.
Zusätzlich kommen die Probleme wie Auslandsverschuldung, die 1991 bei ca 23 Milliarden Dollar lag. Die Produktivität jährlich liegt bei etwa 2 Milliarden Dollar. Peru müßte 20 Jahre keinen Pfennig ausgeben um seine Schulden zu bezahlen.
Dazu kommt die Korruption, denn ein großteil des Geldes ist in die Taschen der Oligarchie geflossen. Der ehemalige Präsident Alan Garcia wurde zwar wegen Unterschlagung angeklagt, woher er aber die die 600 Millionen Dollar hat, von denen Mensch weiß das er sie besitzt, darüber bekommt mensch von ihm keine Auskunft. Natürlich wurde er nicht bestraft.

Der Rest wurde zum großen Teil in Waffenkäufe gesteckt.

Ein anderes Problem ist die Drogenmafia, die einen großen Einfluß hat und ihn zu nutzen weiß.

Die Militärs sind das nächste Problem, die ländlichen Regionen leben oder müssen unter einer Militärdiktatur leben, ca 55% des Landes wird von dem Oberkommando der Militärstreitkräfte regiert. Dort wird eine faschistische Politik betrieben.
Unter Fujimori, dem Diktat des IWF und der Weltbank, wurde das Land weiter niedergewirtschaftet, die Inflation wurde zwar auf etwa 3000% gesenkt, was allerdings bei den nahezu eingefrorenen Löhnen, zu einer absoluten Verelendung geführt hat. Dies ebnete den Boden für die Cholera.
Wer einen Job hat ist schon Privilegiert, wer einen "festen" Job hat noch mehr, was allerdings das überleben nicht sichert. Eine Arbeiterin verdient etwa 70 US Dollar, zum leben benötigt mensch etwa 250 US Dollar.
In solch einer Situation sehr verkürzt findet also der Putsch statt, in die Enge getrieben durch Massenkämpfe, wie z.B. der LehrerInnenstreik im letzten Jahr, den Sendero leider bekämpft hat, sowie durch den erstarkenden bewaffneten Kampf. So wurden bei einer Attacke Senderos auf einen LKW mit LehrerInnen, die Ihre KollegInnen in der Provinz unterstützen wollten, zahlreiche LehrerInnen ermordet und schwer verletzt. Dafür hat sich Senderooffen in seiner Zeitung bekannt.
Der Streik sei reformistisch, weil es "nur" um höhere Löhne ging und der Streik stütze das System.

Der Putsch läßt sich in etwa so Zusammenfassen:

> Am 5. 4 wird das Parlament aufgelöst, die ParlamentarierInnen zum Teil verhaftet und bis zum 13 in Haft gehalten. Die Presse gleichgeschaltet oder zugemacht. Jede oppositionelle Äußerung wurde sofort massiv mit Schüssen, Tränengas und Schlägen unterdrückt, bis ins Parlament hinein.
> Eine Welle der Repression gegen alle kritischen Organisationen rollt

über das Land, zahlreiche Menschen verschwinden oder werden getötet. Es kommt zu großen Auseinandersetzungen mit der Guerillas aber hauptsächlich mit der maoistischen Sendero Luminoso.

Viele Nichtregierungsprojekte werden geschlossen zum Beispiel wurden in den Provinzen Puno, Moquegua und Tacna mehr als 150 Projekte geschlossen.

10. April 92.

Unter den Institutionen die sich weiterhin gegen den Bruch mit der Verfassung aussprechen befinden sich die Vereinigung der Journalisten, die Gewerkschaft der Fischer und die Gewerkschaften von ArbeiterInnen, die Gewerkschaft der Kunsthandwerkerinnen usw. Der Nationale Konvent der evangelistischen Kirche, die zu den Institutionen gehörte, die Fujimoris Kandidatur stark unterstützt hatten, sprach sich gegen den Coup d' etat aus und fordert die sofortige Rückkehr zur Verfassung.

Auf ihre Weise drückte das Parlament von Chavin seine Opposition gegen den Putsch aus. Sie stellen fest, daß der Staatsstreich die gescheiterte ökonomische Politik verdecken soll, im Falle der einzelnen Regionen den Zusammengekürtzten Haushalt zu verhüllen. Außerdem rufen sie alle demokratischen Institutionen dazu auf, sich im notwendigen Kampf zur Rückkehr zur Verfassung zu koordinieren.

Es wurde von einigen Ex-Parlamentariern und Senatoren ein Gegenparlament auf einer geheimen Sitzung aufgebaut und die Präsidentschaft als unbesetzt deklariert, Vicepresident wurde dabei Carlos Garcia.An dieser Geheimsitzung nahmen 36 Senatoren teil und 99 Abgeordnete. Dies stellte auf jeden Fall einen Großteil der ehemaligen Parlamentarier dar, die zu diesem Zeitpunkt nicht in Haft waren.

Diese Gegenregierung wurde natürlich von der USA, EG oder Japan nicht anerkannt, obwohl sich alle verbal gegen den Putsch aussprachen. Bush vordergründig in der Organisation Amerikanischer Staaten sogar Sanktionen forderte.

Aktionen gegen die politischen Gefangenen!

Am 15 April geht es dann mit den Aktionen gegen die politischen Gefangenen los. Die Polizei dringt in das Castro Gefängnis in Lima ein wo ca 500 politische Gefangene zumeist von Sendero Luminoso sitzen. 150 Frauen und 368 Männer. Die Gefangenen leisten keinen Widerstand, zu gut war noch das Massaker an über 300 Gefangenen 1986 in den Gefangenen im Gedächtnis. Damals fand das Massaker während dem Treffen der sog. sozialistischen Internationalen statt. Von dieser Organisation kam kein Protest. Bei der Aktion am 15 April wurde noch niemand getötet. Allerdings wird ab diesem Tag das Gefängnis belagert.

Am 6 Mai wird dann von der Polizei das Gefängnis von Canto Grande gestürmt. Das ganze beginnt um 4 Uhr morgens am Mittwoch. Die Polizei schoß in die Gebäude, scharf und mit Tränengas zunächst den Frauenblock. Die Gefangenen versuchten sich so weit es ging zu verteidigen. 10 Leute starben am 1. Tag, 8 Gefangene und 2 Polizisten. Die Polizei behauptete es seien tote Männer, aber als die Leichen herausgeholt wurden, sah mensch verbrannte Frauenkörper. Die Gefangenen verteidigten sich 2 Tage lang.

Am 9. Mai war dann der Widerstand gebrochen Beobachter nannten es die Hölle was dort ablief, das Männergefängnis wurde mit Dynamit gesprengt, mit Maschinengewehren wurde in das Gefängnis geschossen, dies alles von einer von der USA trainierten Sondereinsatztruppe. Dies alles wurde von Fujimori am 5 Mai angekündigt er sagte das es das wichtigste sei die Kommunistische Partei, Sendero und Bewegung Tupac Amaru niederzuschlagen. Er bekräftigte nocheinmal seinen Willen die Revolutionäre auszulöschen und am folgenden Tag begannen die Truppen den Knast zu stürmen. Nachdem alles vorbei war, wurde es selbst dem Roten Kreuz versagt, noch zu versuchen Verwundete zu retten. 200 Tote Gefangene blieben zurück. 12 Frauen die das Massaker überlebten wurden in den Knast von Santa Monica gebracht. wo sie schlimm gefoltert wurden oder noch werden.

Die USA die sich nach dem Staatsstreich noch geschockt zeigen ließen und Sanktionen forderten, blockierten diese Sanktionen dann in der Sondersitzung der Organisation Amerikanischer Staaten.

Nicht nur das spricht dafür, daß die USA in den Staatsstreich verwickelt sind, denn am Tag des Putsches kam US Vize Sekretär Bernhard Aronson in Lima an. Die New York Times beschreibt am 13. April die Doppelstrategie wie folgt :," in der Öffentlichkeit wird die USA fortfahren den Staatsstreich zu verurteilen und neue US Hilfen verweigern, aber im privaten werden sie fortfahren mit Fujimoris Tor zu sympathisieren"

Am 20 .April ein weiteres Zeichen in die Richtung, während die Gegenregierung nicht anerkannt wurde, gab Boucher ein Sprecher vom State Departement, daß die USA , "fortfahren wird die Regierung Fujimoris anzuerkennen obwohl eine Gegenregierung unter Maximo San Ramo gibt". Weiter sagte er, "wir werden fortfahren mit der Fujimoriregierung zu handeln, weil sie die geltende Regierung ist".

In einer anderen Erklärung von ihm am 5.Mai bringt er seinen Haß gegen Sendero klar zum Ausdruck er sagte zur New York Newsday, daß die kommunistische Partei und Sendero "die teuflischte Kraft sei, die es jemals in Lateinamerika gab" weiter meinte er "eine Verminderung der US-Hilfe wäre contraproduktiv".

Es scheint klar, daß sich in der US Amerikanischen Außenpolitik eine neue Politik breitmacht. Es wird sich offen gegen Putsche ausgesprochen um inoffiziell die Finger im Spiel zu haben. Die selbe Strategie wurde im September letzten Jahres gegen Präsident Jean Bertrand Aristide und die Lavalas Bewegung in Haiti angewendet.

Es gibt verschiedene Analysen zum Putsch von Fujimori aus Peru!

Es gibt zunächst keine klare Einschätzung über das Ziel und die Hintergründe des Putsches und der damit einhergehende Aufstandsbekämpfungskampagne des Militärs. Angesichts der ernsten Wirtschaftskrise und dem nun seit 12 Jahren vorgetragenen Guerillakrieg, Schwerpunktmäßig von Sendero Luminoso. Fujimori begründete das außerkraftsetzen des Parlaments damit, daß das Parlament politische, sozioökonomische und institutionelle Reformen blockieren würde, die das Land wirklich benötigte.

Fujimori der ewig grinsende Präsident Japanischer Abstammung gab

---



Eine Geschichte in Bildern (weil Autonome nicht lesen können)
Jetzt beim Umbruch/Bildarchiv, Eisenbahnstraße 4 in SO 36
oder in jedem guten Buchladen; für 6,- DM

seine Macht offiziell im Kabinett von Peru ab, aber behielt sich vor Minister einzusetzen, außerdem sagte er, daß er das Land jetzt per Dekret regieren wird.

Dabei wird er von den Generälen, viele davon ehemalige Generäle, unterstützt. Das ganze nennt sich dann "Ausnahmeregierung für den Nationalen Wiederaufbau".

Eine Gruppe ziviler Analytiker meint, das der Staatsstreich sich hauptsächlich gegen den immer stärker werdenden Leuchtenden Pfad richten würde. Allerdings wird dieser Staatsstreich ihrer Meinung nach den Kampf von Sendero nur weiter legitimieren.

Wieder andere Experten meinen, daß es Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Parlament gab, im Puncto Aufstandsbekämpfung, in dem Fujimori eigentlich eine Mehrheit hatte, und der Griff nach der Macht von Fujimori unter Ausschluß des Parlament eine effektivere Aufstandsbekämpfung zuließe.

Um den Staatsstreich zu rechtfertigen sagten einige Journalisten, sowie der frühere Bildungsminister Patricio Rickets, daß das legale System die Regierung behindert um den Bürgerkrieg zu gewinnen. Zitat "Bereinigt von legalen Hindernissen kann sich die Regierung jetzt konzentrieren den Krieg zu gewinnen, mit der Unaufschiebaren und ersten Notwendigkeit die Ökonomie und damit das wohlergehen der Bevölkerung zu sichern", sagte Rickets!

Was das bedeutet haben wir am Punkt der Gefangenen beschrieben.
Wie es in den Zonen aussieht wo die militärs unumschränkte Macht haben, können wir uns anhand dieser Äußerungen nur vorstellen.

Gustavo Gorriti, ein Autor eines im spanisch und englisch sprachrigen Raum weitverbreiteten Werkes über die maoistischen Rebellen, was dort als Standardwerk gilt, ist dazu vollkommen anderer Meinung und meint auch, das mehr militärische Repression nur die Sympathie für Sendero verstärken wird.

Er sagte weiter, daß die Militärs längst zugegeben haben, daß sie diesen Krieg ohne die Unterstützung der Bevölkerung nicht gewinnen können, schon gar nicht wenn zumindest einige Teile der Landbevölkerung Sendero unterstützen. Weiter sagte er, daß das Schattenregime was gebildet wurde nur weite teile der peruanischen Bevölkerung ein gutes Stück weiter ausgrenzen wird. Zitat: "Die Leute die schon jetzt unter dem harten ökonomischen Programmen zu leiden haben, werden durch den Mangel sich ausdrücken zu dürfen weiter abgedrängt".

Wir sehen wieder einmal, wie fundamentale Rechte außer Kraft gesetzt werden mit den Begründungen die sog. Ordnung herstellen zu wollen, alle Mittel sind dazu recht und billig. Um welche Ordnung es sich dabei handelt hat Melacio Castro von der Lehrerinnengewerkschaft Sutep vorher schon erklärt.

Es geht wie immer ums Geld, es geht darum die Ausbeutungsinterressen der Transnationalen Konzerne, die Gewinne der Banken, via Weltbank und IWF in der Verlängerung dann durch das Militär, gegen den erstarkenden Volkswiderstand durchzusetzen.

Resümee:

Mensch kann zu Sendero Luminoso stehen wie er oder sie will, Melacio z.B ist sicherlich kein Freund von Sendero, denn im Lehrerinnenstreik 91 wurden einige der streikenden Lehrer von Sendero ermordet, so ist doch klar, daß sie in der ländlichen Bevölkerung eine große Unterstützung finden. Daß obwohl sie mit äußerst zwielichtigen Aktionen versuchen, sich mit allen Mitteln an die Spitze der Bewegung zu setzen oder zu halten und andere Organisationen direkt bekämpfen. Dies läßt sich unter anderem mit der guten Basisarbeit erklären, die selbst Gegner von Sendero oder der PCP zugestehen. So Melacio von der Sutep (Lehrerinnengewekschaft) oder auch Walter Palacios ein Vertreter der UDP (Demokratische Volksallianz) welche der MRTA, der anderen Guerilla Perus nahesteht. Dazu kommt natürlich die Hoffnung der Indigenen Bevölkerung, die ja in Peru noch immer mehr als die hälfte der Bevölkerung stellt, endlich die weiße Vorherrschaft, die unausgesprochene Apartheidspolitik und damit das Joch des Kolonialismus abzuschütteln. Sendero ist nur Träger dieser Bestrebungen, es könnte auch eine inhaltlich anders gestaltete Organisation sein.
Wichtig scheinen uns nur die Hoffnungen zu sein, die Sendero konsequent vortragen kann und vorträgt.

Vielleicht nocheinmal ein Beispiel das dies näher erläutert.

Nicaragua, die Revolution dort 1979 ist einigen vielleicht mehr im Sinn. Bis ins Jahr 1979 hinein gab es zum Teil noch blutige Auseinandersetzungen zwischen den 3 Tendenzen die sich dann zur FSLN zusammengeschlossen haben. Eine Basis hatte jede der 3 Organisationen dort, wo sie agierte, die einem auf dem Land die anderen in der Stadt, die einen bei Indigenas mehr die anderen mehr bei den Kreolen. Das konnte mensch sich geographisch sehr genau anschauen, das hatte wenig bis gar nichts mit der jeweiligen Ideologie zu tun, die die jeweilige Tendenz vorgab. Jede der 3 konnte in ihrem Teil eine konsequente glaubwürdige Politik vortragen, die die Veränderung versprach. Die Stadtbevölkerung nahm in dem moment an den Aufständen teil, als der Sieg in einigermaßen greifbarer Nähe war. Die Leute hofften auf Veränderung, mit der jeweiligen Ideologie der Kader konnten sie wenig anfangen, zum Teil verstehen oder verstanden sie die aus ihrer Realität auch gar nicht. Wichtig war die Veränderung. 1990 haben die Massen dann Chamorro geglaubt, das sie eine reale Veränderung in der Situation bringen könnte, Ende des Krieges und so weiter.

Aus der Situation hier ist das kaum zu begreifen, verdeutlicht mensch sich aber die erdrückende ökonomische Situation für die Massen im Trikont, die Cholera und und und, so sind die Probleme viel drückender und der Schrei nach sofortiger Veränderung größer. Fujimori kam als unbekannter so in Peru an die Macht. Sendero wird vielleicht so an die Macht kommen.

Was sollte der Vergleich. Sicherlich kann das recht undogmatische sandinistische Konzept nicht mit dem starren Dogmatismus von Sendero verglichen werden. Das ist aber auch gar nicht wichtig, denn die Hoffnung auf eine reale Veränderung ist es was die Leute zu Sendero der FSLN oder FMLN oder sonsteiner Guerilla bringt, die Ideologie ist erstmal Zweitrangig. Die FSLN hatte das begriffen, sie formulierten nach 1979, als nach der Machtübernahme; "Das jetzt die Revolution erst beginnt"!

Bei Sendero ist das zumindest zu bezweifeln!

Schwierig ist im Falle von Peru allerdings auch, wenn mensch dem neoliberalen Wirtschaftskonzept von IWF/Weltbank und USA, Japan oder EG forciert und von Fujimori und Militärs durchgesetzt, nicht folgen will, weil diese verantwortlich sind für die Misere, die sich die letzten 40 Jahre immer weiter

verschärft, aber den Dogmatismus und die Beschränkte Weltanschauung von Sendero aber auch nicht teilt. Dies hat oft mörderische Folgen. Die Verantwortung muß aber primär bei den neokolonialen Strukturen gesucht werden, die den Ländern der sog "dritten Welt" aufgezwungen werden.
Wir wollen hier nicht ins Horn derer blasen, die die Repression die die Armee ausübt, als Reaktion auf den Terror dem sich Sendero teils bedient, darstellen. So wie es im Moment bei der Ausstellung im Völkerkundemuseum in Freiburg geschieht.
Einige Aktionen kann mensch leicht als Terror begreifen, bei dem wichtige KämpferInnen umgebracht werden, aber die Situation so darzustellen als wäre Sendero das Grundübel heißt nicht zu verstehen was 500 Jahre Kolonialismus bedeuten, heißt den Völkermord an der Indigenen Bevölkerung zu ignorieren, heißt denen und ihrer Politik vorschub zu leisten, die jetzt verantwortlich sind für den neuerlichen Putsch.

Am Beispiel El Salvador konnten wir sehr genau sehen, wie es ist, wenn die USA einen ihrer Partner unter Druck setzen, endlich einzulenken und zu einem Friedensabkommen zu kommen. Auch ist klar das ein Krieg, gegen die Bevölkerung nicht zu gewinnen sein wird. El Salvador ein Land so groß wie Hessen ohne große Gebirge hat das gezeigt, mit weiterer Repression unter Unterstützung der USA, der EG und Japan wird es keinen Frieden in Peru geben.

Das wissen die Herrschenden in aller Welt und besonders im Westen allerdings auch, aber es scheint sie haben keine andere Lösungen!

El Salvador

FOTOAUSSTELLUNG

Die Ausstellung "El SALVADOR - zwischen Krieg und Frieden" mit dem Untertitel "Guerrilla und Volk" dokumentiert Ereignisse und persönliche Erfahrungen während unseres Aufenthaltes in El Salvador vom Dezember.91 bis März 92.
Zunächst besuchten wir verschiedene Rücksiedlungen in den von der FMLN kontrollierten Zonen Chalatenango und Morazan. Die, durch den Abschluß der Friedensverhandlungen, veränderte Situation im Land ermöglichte es, uns mehrere Wochen in den neuen Rücksiedlungen und den Konzentrierungspunkten der Guerrilla in der südlichen Zone des befreiten Gebietes Guazapa aufzuhalten. Diese Region erlitt durch den Krieg wohl die extremsten Zerstörungen und war bis Ende letzten Jahres für InternationalIstinnen kaum zugänglich.
Die Rücksiedlungen stehen am Anfang - politisch und wirtschaftlich auf unsicherem Boden. Internationale Öffentlichkeit und Unterstützung ist dringend notwendig, aber bisher fast nicht vorhanden.
Auf der Grundlage von Gesprächen mit Guerrilleras/os, RücksiedlerInnen, Vertretern des Guazaparats und persönlichen Eindrücken sammelten wir umfangreiches Ton- und Bildmaterial sowohl zur aktuellen politischen und sozialen Situation, zur weiteren Perspektive als auch über Erfahrungen aus dem Widerstand.
Diese Themenbereiche bilden die Schwerpunkte der Fotoausstellung, die nicht nur informieren, sondern den BesucherInnen auch die Möglichkeit geben will, sich gefühlsmäßig in die derzeitige Situation in El Salvador am Beispiel der Region Guazapa hineinzuversetzen.

Eröffnung am 1. Juli 19 Uhr
Fabriketage Yorkstr. 59, 1000 Berlin 61
Täglich 16 - 21 Uhr, bis zum 21.7.



Tecolote Berlin

Freiheit für Juan Manuel Pérez Hernández
(Gefangener aus der Grapo)

Vor etwas mehr als einem Jahr beendeten die Gefangenen aus PCE (r) und GRAPO ihren 435 Tage dauernden HS. Mit diesem Kampf auf Leben und Tod gegen den Staat wollten sie ihre Wiederzusammenlegung in einen Knast erreichen.

Nach 6 Monaten HS starb Jose Sevillano (Sevi).
Die anderen gefangenen Männer und Frauen kamen beim HS zwar nicht um, aber die mörderische Politik der PSOE, sie über einen so langen Zeitraum in Handschellen an's Bett zu fesseln und zwangszuernähren, hat bei allen Gefangenen nicht wieder gutzumachende physische und psychische Schäden hervorgerufen.

Das wurde durch Ärzte von Menschenrechtsorganisationen, Rotem Kreuz und anderen Organisationen, die seit dem HS die Gefangenen besuchen konnten, bestätigt.

Die PSOE interessiert das überhaupt nicht, denn genau das war ihre Strategie: Die Gefangenen zwar am Leben zu erhalten, aber mit der Gewissheit, daß sie gesundheitlich schwer angegriffen sein werden und deshalb vielleicht aufgeben würden.

Die Gefangenen waren sich dessen bewußt und nahmen sowohl den Tod als auch die Schäden als Folge des HS auf sich.
Heute müssen sich viele Gefangene, abgesehen von der Situation im Knast, in Rollstühlen bewegen, andere müssen immer noch spezielle Nahrung zu sich nehmen, weil ihr Magen kein normales Essen aufnehmen kann, andere leiden unter schweren Muskelschmerzen und Bewegungsstörungen.

Die Hoffnungen der PSOE haben sich jedoch nicht erfüllt.
Auch nach Ende des HS waren die Nachrichten, die wir aus den Knästen bekamen immer voller Mut und dem Willen, weiter Widerstand zu leis ten, und ohne Rücksicht auf die persönliche Situation für eine bessere Zukunft weiterzukämpfen.

Bis auf eine Ausnahme trifft das auf alle Gefangenen zu.
Juan Manuel Pérez Hernández, Gefangener aus der GRAPO, hatte während des HS mehrere Male einen Herzstillstand, der bleibende Schäden im Gehirn hinterlassen hat.
Seine Situation ist so schlimm, daß uns Balmón, ein Gefangener aus PCE (r) einen Brief geschrieben hat, in dem er uns dringend bittet, irgendetwas zu unternehmen, um Juan Manuel aus dem Knast rauszuholen.

"Ich war mit Juan Manuel auf der Krankenstation zusammen mit dem Arzt, der ihn betreut. Dieser Arzt hat mir erzählt, daß Manuel die Nacht in der Badewanne zugebracht hat und daß sie ihn erst morgens um 8 Uhr dort fanden, als die Gefangenen gezählt wurden. Juan Manuel sagte mir, daß es ihm gutgehe, aber ...

Der Arzt bestätigte mir das, was ich von den Gefangenen weiß, die mit Juan Manuel zusammenleben, daß er sich in einem Zustand des Wahnsinns befindet.
Die Symtome sind eine Badewannen-Manie, seine Unfähigkeit zu kommunizieren (er spricht mit niemandem und verbringt die Tage im Bett), er schreibt nicht und nimmt auch die Briefe nicht an, die er bekommt, er läuft nicht, obwohl der Atzt sagte, daß es keinerlei physische Gründe dafür gäbe, er hat wechselnde Zustände von Euphorie, Depressionen und Aggressivität.

Es hat mich erschreckt, ihn so zu sehen, in seinem Bett liegend, nicht mal ein Radio hat er, mit einem völlig abwesenden Blick. Die Ärzte sagen, sie hätten Angst davor, ihn eines mörgens erhängt aufzufinden.

Im Krankenhaus schreiben sie ihn gesund, weil sie nichts machen können. Hier in Meco lassen sie ihn nicht in eine Gruppe, weil er nicht in der Lage ist, "normal" zu leben. Und auf der Krankenstation ist er allein, selbstisoliert in seinem Bett ohne irgendwelche Ablenkung, die er im übrigen auch gar nicht will. Ich glaube, daß er sich über irgendwas den Kopf zerbricht und dadurch seinen Zustand noch verschlimmert.
Ich bin total wütend darüber. Himmel und Hölle müssen in Bewegung gesetzt wedden, um ihn da rauszuholen. Das ist humanitäre und solidarische Pflicht!

Die Wärme seiner Tochter und seiner Familie könnten ihm immer noch ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, ohne daß diese Krankheit weiter fortschreiten würde. Aber je länger er im Knast bleibt, umso mehr Bewußtsein verliert er.

Durch all dsa Leid in diesem übermenschlichen Kampf ist in diesem Mann etwas wichtiges zerbrochen.
Welche Wut, welche Ohnmacht, welch Schmerz in der Seele.
Nur mit großer Anstrengung habe ich nicht vor ihm geweint.
Es muß was getan werden, bevor er völlig zerstört wird.
Das ist meine Bitte, meine Überzeugung und es ist DRINGEND!"

Genossinnen und Genossen, wir können uns gegenüber der Bitte dieses Gefangenen nicht taub stellen. Wir können nicht zulassen, daß sie Manuel ganz zerstören.
Wir müssen etwas tun, Öffentlichkeit schaffen, Telegramme und Postkarten an das Justizministerium schicken, in denen wir die sofortige Freilassung Juan Manuels fordern. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, Juan Manuel Perez Hernandez den Klauen der faschistischen Bestie zu entreißen, das ist unsere menschliche und solidarische Pflicht.

Adresse, an die ihr Telegramme oder Postkarten für die Freilassung von Juan Manuel Perez Hernandez schicken könnt:
SR.Ministro de Justicia
c/San Bernando, 45
28015 Madrid

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

FR 26.6. 19.00 Uhr
VV zur Anti-WWG-Demo / Aktonstage in München
Versammlungsraum im Mehringhof

SA 27.6. 14.00
Wunsiedelvorbereitungstreffen
Halle, Infoladen, Kellnerstr. 10a

18.00
VV zur NPD-Kundgebung in Schwerin
JAZ rostock, A. Babelstr. 92 (Nähe Boulevard)

Mit einer Serie von Veranstaltungen versuchen faschistische Parteien in Meck/Vorp. Fuß zu fassen.
Wie in Rostock am 13.6., wollen wir auch in Schwerin nicht zulassen,
Daß sich Faschos ungestört treffen können. Die Beteiligung an der VV zur Kundgebung der NPD (am 28.6. in Schwerin, 14.00, Schlosspark) ist unbedingt erwünscht !!!!

21. 00.
Astrid Proll - ihr Leben in England
Videokino Daneben, Rigaer 84

DI 30.6. 21.00
Karl-heinz Roth - ein Interview
Videokino Daneben

MI 1.7. 13.00
Prozeßbeginn wegen des Mordes an Amadeo Antonio
Bezirksgericht Frankfurt/O

Do 2.7. 19.30
Nationalismus und Rechtsextremismus in den GUS - Staaten
Galerie Olga Benario, Weser 5

IM NÄCHSTEN HEFT: KRÄHENFÜSSE - WAS TUN SIE DAGEGEN ??

GAR NICHTS. WIESO ?

WIR FRAGTEN BETROFFENE